



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG UND POLITISCHER PROZESS

■ ANALYSE		
Wirtschaftspolitische Kontroversen und Personaldiskussionen		2
Gunter Deuber, Wien		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Wirtschaftsentwicklung 2012–2013		7
■ UMFRAGE		
Putin und die politische Führung in den Augen der russischen Bevölkerung		9
Putin in Umfragen des Lewada-Zentrums		9
Putin in Umfragen des FOM		11
»Ausländische Agenten«		13
Protestpotential in Russland		15
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Putin und die Zivilgesellschaft		16
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 30. Mai bis zum 13. Juni 2013		18
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 2–3/2013 mit Russlandbezug		20
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 4/2013 mit Russlandbezug		23
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 5–6/2013 mit Russlandbezug		24



Wirtschaftspolitische Kontroversen und Personaldiskussionen

Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Angesichts der schwachen Konjunkturdaten hat die Wirtschaftspolitik in Russland in den letzten Monaten eine erhöhte Bedeutung erlangt. Seit April werden markante wirtschaftspolitische Kontroversen zwischen Regierung, Präsidenten, Ministerien und der Zentralbank öffentlich ausgetragen. Der Konflikt führte vorerst nur zu personellen Umbesetzungen. Eine populistische wirtschaftspolitische Kehrtwende droht derzeit noch nicht. Allerdings verweisen die personellen Veränderungen auch auf zwei wichtige Aspekte. Erstens hat Präsident Putin seine Rolle als »wirtschaftspolitischer Schiedsrichter« gestärkt. Zweitens erscheint mittelfristig eine noch interventionistischere Wirtschaftspolitik – mit starker Rolle der Präsidialverwaltung – möglich.

Wirtschaftliche Stagnation wird zur Realität

In den letzten Monaten haben in Russland viele makroökonomische Indikatoren, darunter das schwache BIP-Wachstum (1,6% gegenüber dem Vorjahr für das erste Quartal 2013) und die geringe Investitionsdynamik, negativ überrascht. Für Ökonomen ist das Wachstum des ersten Quartals sehr relevant, da diese Kennziffer ein wichtiger Impulsgeber für das zu erwartende Jahreswachstum ist. Unter plausiblen Annahmen scheint es kaum noch möglich, dass die russische Volkswirtschaft auf das Gesamtjahr gerechnet über 3% wachsen kann. Auch für die kommenden Monate wird erst einmal ein schwaches Wachstum erwartet.

Wobei bei der Bewertung der Daten die Erwartungen eine große Rolle spielen. Das *Wall Street Journal* hat die BIP-Zahlen des ersten Quartals wie folgt kommentiert: »Russland mit düsterem Wachstum«. Zum gleichen Sachverhalt kommentierte die lokale Investmentbank *Uralsib* in Moskau: »Russlands BIP-Wachstum übertrifft Erwartungen«; denn immerhin lagen die 1,6 Prozent über den teils noch pessimistischeren Prognosen des Wirtschaftsministeriums und einiger lokaler Marktbeobachter. Angesichts zunehmender Skepsis bezüglich der Konjunkturdaten ist es nicht verwunderlich, dass Premier Dmitrij Medwedew am 21. Mai in der *Komsomolskaj Prawda* erklärt, er sei zuversichtlich, dass man »eine Krise wie 2008–2009 vermeiden können und dass kein Bedarf bestehe Dosenfleisch, Suppe, Streichhölzer und Salz zu bunkern«.

An der aktuellen russischen »Wachstumsdebatte« haben sich auch ausländische Akteure beteiligt. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat zum jährlichen Treffen ihrer Anteilseigner Anfang Mai in Istanbul ihre BIP-Prognose für 2013 sehr prononciert auf 1,8% Prozent reduziert – was deutlich unter der (mittleren) Prognose des russischen Wirtschaftsministeriums von 2,4% liegt – und dies öffentlichkeitswirksam kommuniziert. Zudem knüpfte die EBRD an die Prognose den Hinweis, dass engagiertere Reformanstrengungen notwendig seien.

Der Einfluss externer und politisch nicht gänzlich neutraler Stimmen, wie der EBRD, auf die wirtschaftspolitische Debatte in Moskau ist allerdings normalerweise begrenzt. Insofern ist die Stellungnahme der russischen Investmentbank *Renaissance Capital*, zum fast gleichen Zeitpunkt von größerem Interesse. Ihr Russland/GUS-Chefökonom hat im Mai in einer Studie davor gewarnt, dass Russland nicht nur ein kurzfristiges Wachstumsproblem habe, sondern bereits in der sogenannten »Mittleren Einkommensfalle« gefangen wäre. Und ohne grundlegende Reformen drohe auch mittelfristig ein enttäuschendes Wirtschaftswachstum, da das alte Wachstumsmodell Russlands an strukturelle Grenzen stößt. Vladimir Tikhomirov, der Chefökonom einer weiteren russischen Investmentbank (Otkritie Financial Corporation) wird noch deutlicher. Er geht davon aus, dass Russland »zunehmend in dem Wirtschaftsmodell stagniert, das es aus der Sowjetzeit geerbt habe«.

Wachstumsschwäche mündet in politischen Auseinandersetzungen

Die skizzierten Positionierungen zeigen: Russland ist voll in der »Wachstumsdebatte« angekommen, die sich schon länger abgezeichnet hatte. Zugleich bestätigt sich die von einigen Beobachtern (wie z. B. Sergej Aleksashenko, Direktor der makroökonomischen Forschung an der Higher School of Economics in Moskau) Ende 2012 bzw. Anfang 2013 formulierte These, dass 2013 ein Schlüsseljahr für wirtschaftspolitische Reformen wird. Daher ist die wirtschaftspolitische Kontroverse zwischen Regierung, Präsidialverwaltung, Fachministerien und weiteren Akteuren wie Zentralbank und unabhängigen Experten, die sich in den letzten Wochen entwickelt, von erheblicher Bedeutung. Dabei vertreten die Akteure divergierende Einschätzungen und setzen sich öffentlich für sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Reaktionen ein.

Das traditionell eher »wachstumsorientierte« Wirtschaftsministerium fordert eine Kombination aus geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die auf Ausgabensteigerungen zur Überwindung der Wachstumsschwäche

hinauslaufen. Zur Ausgabenausweitung würde man im Wirtschaftsministerium auch ein moderates Aufweichen der erst 2012 eingeführten Budgetregel in Kauf nehmen und die fiskalische Reserven anzapfen. Prinzipiell stimmt es, dass Russland Spielraum hätte die Staatsverschuldung moderat anzuheben, wenn damit Investitionen in die Zukunft und nicht wieder Sozialausgaben bzw. Staatskonsum (wie 2008 und 2009) finanziert würden. Spielraum für Zinssenkungen der Zentralbank sieht man im Wirtschaftsministerium ohnehin und so hört man aus dem Wirtschaftsministerium bereits Stimmen, die das Mandat der Russischen Zentralbank ändern wollen. Danach soll die Zentralbank mit einem sogenannten dualen Mandat ausgestattet bzw. ihr über das Stabilitätsziel für Inflation (und den Rubel) hinaus auch ein Wachstumsziel gegeben werden. Die Zentralbank selbst hat zurückhaltend auf öffentliche Angriffe reagiert und in den letzten Wochen stets betont, dass es angesichts der aktuellen Inflationsdynamik keinen Spielraum für Zinssenkungen gebe. Besonders der Vizepräsident der Zentralbank Alexei Uljukajew hat sich in den letzten Monaten deutlich gegen (politisch) motivierte Zinsschritte ausgesprochen.

Unterdessen entwickelte sich auch eine breitere öffentliche Debatte, die den Konjunkturabschwung sowie mögliche wirtschaftspolitische Antworten thematisierte. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass wirtschaftspolitische Themen bei der Präsidentenfrageunde Ende April im russischen Staatsfernsehen prominent vertreten waren. Im personalisierten Politiksystem Russlands ist es auch nicht erstaunlich, dass im Zuge der jüngsten wirtschaftspolitischen Kontroverse Einzelpersonen unter Beschuss geraten. Schon am 17. April stellte Präsident Putin auf einem Treffen mit Ministern und regionalen Gouverneuren klar, dass schlecht arbeitende Amtsinhaber mit Ablösung zu rechnen hätten. Man könne sie auch für die aktuelle »Wachstumsschwäche« Russlands verantwortlich machen. Im Einzelnen wurden in den letzten Wochen von verschiedenen Seiten Regierungschef Medwedew, Vize-Premier Wladislaw Surkow und der Zentralbank-Präsident Sergej Ignatjew ins Visier genommen, die sich alle drei politisch derzeit auf dem politisch absteigenden Ast befinden. Vizepremier Surkow hat am 24. April um den Rücktritt angesucht, der am 8. Mai angenommen wurde. Sein Rücktritt erfolgte, nachdem starke Kritik an der Implementierung der Reformziele für die dritte Amtszeit des Präsidenten (gemäß den Dekreten vom Mai 2012) laut wurde. Implizit signalisiert der Surkow-Rücktritt, dass der Präsident mit dem Reformfortschritt im letzten Jahr unzufrieden ist. Surkow war jedoch einer der wenigen ranghohen Amtsträger, der recht klar die Position vertrat, dass die Maidekrete des Präsidenten kaum imple-

mentierbar seien. Im Kontext des Surkow-Rücktritts sollte man auch nicht vergessen, dass das Modernisierungsprestigeprojekt Skolkowo im April in die Negativschlagzeilen geriet. Nach Angaben der Justizbehörden besteht der Verdacht von Unregelmäßigkeiten beim Ausgabenmanagement (mit Summen um die 100 Millionen USD). Nach dem Rücktritt Surkows musste Premier Medwedew selbst am 7. Juni einen Bericht über den Fortschritt bei der Erfüllung der Dekrete präsentieren. Sollte er diesen in den kommenden Monaten nicht liefern, dann wird sein Stuhl noch stärker wackeln als bisher und spätestens seit dem Surkow-Rücktritt ist Medwedew klar angezählt, zumal der Surkow-Rücktritt bereits der dritte Abgang in der Medwedew-Regierung in den letzten Monaten ist.

Kontinuität und Putins schützende Hand über der Zentralbank

Im Kontext der skizzierten wirtschaftspolitischen Kontroverse hat sich Präsident Putin deutlich hinter die Politik der Zentralbank gestellt. In der Präsidentenfragestunde Ende April hat Putin explizit die (noch) restriktive Zinspolitik der Zentralbank verteidigt, während andere Regierungsvertreter – z. B. Wirtschaftsminister Andrei Belousow – diese öffentlich als zu wenig expansiv kritisierten. Putin dagegen hält die Geldpolitik der Zentralbank »größtenteils für gerechtfertigt, da sie auf ein Absenken der Inflation abzielt, und das sei im Interesse der Bürger und der Volkswirtschaft.«

Die Zentralbank-Spitze wird nun neu besetzt, am 23./24. Juni wird Elvira Nabiullina dem bisherigen Zentralbankchef Ignatjew nachfolgen. Ignatjews Amtszeit läuft zu diesem Datum regulär aus und er kann nicht erneut an die Zentralbankspitze berufen werden. Als frühere Wirtschaftsministerin und Ex-Wirtschaftsberaterin des Präsidenten steht Nabiullina zweifellos Putin nahe. Möglicherweise wird sie an der Zentralbankspitze zinspolitisch etwas weniger restriktiv bzw. wachstumsfreundlicher als ihr Vorgänger Ignatjew agieren, dem von Kritikern ein zu starker Fokus auf Inflationsbekämpfung nachgesagt wurde. Zu viel Präsidentennähe soll Nabiullina auch nicht unterstellt werden, da die neue Zentralbankchefin eher als Kompromisskandidatin zu sehen ist, die sowohl für die »Preisstabilitätsfraktion« in der Zentralbank als auch die »Wachstumsfraktion« im Wirtschaftsministerium akzeptabel war. Dennoch sind die möglichen mittelfristigen Folgen der Nabiullina-Nominierung auch nicht zu unterschätzen. Unter der neuen Zentralbankführung erscheint es mittelfristig möglich, dass das Zentralbankmandat modifiziert wird. Es könnte – ähnlich wie bei der amerikanischen Zentralbank – ein Mehrfachmandat aus Inflations- und Beschäftigungsziel geben. Gegen so eine Zieländerung

ist nichts einzuwenden, wenn sie in einen sinnvollen politischen Prozess eingebunden ist. Wobei an anderer Stelle auch gerade versucht wird bei der Zentralbank Kontinuität zu signalisieren, denn Ignatjew soll weiter als Berater zur Verfügung stehen. Dies erklärt sich damit, da ihm der recht harmlose Verlauf der globalen Finanzkrise im russischen Finanzsektor, der Ausbau der institutionellen Kapazität und der Rolle der Zentralbank sowie der Übergang zu einem flexibleren Wechselkurs gutgeschrieben werden. Der neuen Zentralbankspitze wird als Vize voraussichtlich Ksenia Judajewa an die Seite gestellt. Die ehemalige Chefvolkswirtin der Sberbank, ausgebildet in den USA, war bis dato als sogenannter Sherpa für die Positionierung Russlands in der G-20 Gruppe der führenden 20 Weltwirtschaftsmächte verantwortlich. Diese beiden Neubesetzungen an der Zentralbankspitze stehen nicht für einen staatsinterventionistischen Kurs und erschrecken auch ausländische Marktteilnehmer nicht, was wohl auch so beabsichtigt ist.

Vor der endgültigen Neubesetzung der Position an der Zentralbankspitze mit Nabiullina wurden auch zwei weitere Namen als Nachfolger von Ignatjew gehandelt: Vize-Zentralbankchef Uljukajew und Ex-Finanzminister Kudrin. Eine wirkliche Alternative – im Sinne eines Kompromisses wie bei Nabiullina – waren beide nicht. Uljukajew gilt als zu sehr auf geldpolitische Stabilität ausgerichtet und damit zu wenig »wachstumsfreundlich«. Dem Ex-Finanzminister Alexej Kudrin sagt man für den Zentralbankposten eine zu große Politiknähe nach; hätte er ein Angebot überhaupt angenommen. Kudrin wird weiter unterstellt, dass er »nur« für einen ganz einflussreichen Posten, wie »wenigstens« als Premier, in die russische Führung zurückkehren werde. Interessanterweise ist nun Uljukajew offenbar für das Wirtschaftsministerium vorgesehen, was man auch als Schritt werten kann, ihm mehr »Wachstumsorientierung« zu geben. Der Posten an der Spitze des Wirtschaftsministeriums könnte freiwerden, da der bisherige Wirtschaftsminister Belousow wirtschaftspolitischer Präsidentenberater werden dürfte.

Ungeachtet der zuvor skizzierten personellen Änderungen ist in der Wirtschaftspolitik aber erst einmal mit Kontinuität zu rechnen. In der landesweiten Präsidentenfragestunde Ende April hat Putin über die Notwendigkeit von einigen »Anpassungen der Wirtschaftspolitik« gesprochen, jedoch betont, dass die »Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik (in Russland) unverändert bleiben«. Insofern steht außer Frage, dass der Präsident z. B. keine Kehrtwende bei der Geld- und Fiskalpolitik beabsichtigt. Auch die jüngsten Postenveränderungen in Schlüsselministerien bzw. der Zentralbank sprechen nicht für eine Kehrtwende. Wobei die detaillierte Interpretation der Posten-Neubesetzungen

gen keineswegs trivial ist. Einerseits sieht es so aus, als wäre beabsichtigt die Zentralbank etwas »wachstumsfreundlicher« auszurichten, während das Wirtschaftsministerium eher etwas »Stabilitätsorientierung« aus der Zentralbank bekommt. Aus diesem Blickwinkel sieht es sogar so aus, als sollte das Konfliktpotential zwischen beiden Institutionen entschärft werden. Allerdings sind auch die Implikationen der Ernennung von Belousow als wirtschaftspolitischer Präsidentenberater zu beachten. Dieser Schritt deutet eher darauf hin, dass der Präsident eine interventionistische Wirtschaftspolitik anstrebt. Zudem schwächt ein prominenter Wirtschaftsberater des Präsidenten die Rolle der Regierung Medwedews weiter und erhöht den Einfluss der Präsidentschaftsverwaltung in der Wirtschaftspolitik.

Nur gemäßigte und gezielte Konjunkturspritzen sind wahrscheinlich

Mit Unsicherheit behaftet ist noch der Ausgang der aktuellen wirtschaftspolitischen Kontroverse über mögliche (staatliche) konjunkturelle Stützungsmaßnahmen. Die meisten Beobachter (auch der Autor dieses Beitrages) gehen von einem gemäßigten Mix an gezielten Stützungsmaßnahmen aus, die zum Teil schon angelaufen sind. Der staatliche Ausgabenspielraum wurde durch die Anfang April gestiegene Ölpreisannahme im Budget (von 97 auf 105 US-Dollar) leicht erhöht. Zudem wird das Finanzministerium Ausfälle bei den Privatisierungserlösen, die mal wieder unter Plan liegen, aus dem Budget abdecken. Der Leitzins der Zentralbank wird trotz derzeit nach oben tendierender Inflation im Lauf der kommenden Monate voraussichtlich recht deutlich um 1–1,5 Prozentpunkte gesenkt. Die anstehenden Veränderungen an der Zentralbankspitze stehen einem deutlichen Leitzinssenkungspfad nicht entgegen. Zudem hat sich die Zentralbank in den letzten Monaten mehr Spielraum für Zinssenkungen verschafft und Überlegungen angestellt, wie ihr Inflationszielband auszuweiten wäre; letzteres könnte gegebenenfalls eine etwas expansivere Geldpolitik erleichtern.

Allerdings ist in Russland für die Versorgung der Volkswirtschaft mit Liquidität und Krediten weniger der Leitzins relevant als vielmehr andere Marktzinsen und Refinanzierungsmöglichkeiten. Insofern wird es wahrscheinlich auch weitere Refinanzierungserleichterungen für Banken (entweder durch die Zentralbank selber oder im Zusammenspiel mit dem Finanzministerium) und gegebenenfalls erweiterte staatliche Garantien geben. Wobei die direkte Wirkung der Geldpolitik nicht überschätzt werden sollte, da sich das Kreditwachstum nicht schwach entwickelt. Derzeit liegt das Kreditwachstum trotz Wirtschaftsschwäche inflationsbereinigt bei rund 11 % gegenüber dem Vorjahr und auch 2012 sind die

Kredite schon stark angestiegen. Das noch recht hohe Kreditwachstum deutet zudem darauf hin, dass derzeit die großen staatsnahen Banken im Rahmen ihrer normalen Geschäftspolitik sowieso wieder zur Konjunkturstützung beitragen.

Angesichts der fundamentalen Wachstumsschwäche und geldpolitischen Lockerung wird auch der Rubel in den nächsten 6–12 Monaten wohl weiter schwach notieren, was die Binnenkonjunktur leicht stützen sollte. Des Weiteren werden die großen staatsnahen Unternehmen bzw. Monopole nun ihre Investitionen – im Gegensatz zur ursprünglichen Planung – wahrscheinlich ausweiten. An sich war hier 2013 ein Rückgang der Investitionsausgaben bei den großen staatsnahen Unternehmen von 12 % bzw. 18 % im Vergleich zu 2012 und 2011 geplant. Direkt über das Staatsbudget wird wahrscheinlich auch die Investitionsneigung über den begrenzten Kauf sogenannter Infrastrukturanleihen (oder Anleihen der Staatlichen Eisenbahn) gefördert. Zu massiven Ausgabensteigerungen besteht aber derzeit nicht der fiskalpolitische Spielraum. Zumal die heimische Nachfrage kurzfristig stimulierende Fiskalmaßnahmen auch äußerst kontraproduktiv sein können angesichts der bereits niedrigen Arbeitslosigkeit bzw. hohen Kapazitätsauslastung in der russischen Volkswirtschaft. Damit wird auch deutlich: Derzeit hemmen strukturelle Wachstumsprobleme, die in den letzten 2 Jahre mit einem Konsum- und Konsumentenkreditboom zugedeckt wurden, und nicht ein Nachfrageausfall die wirtschaftliche Dynamik.

Der begrenzte fiskalische Spielraum wird auch daran deutlich, dass über mittelfristige Einnahmeerhöhungen, wie etwa die Anhebung der Anforderung an staatsnahe Unternehmen bis zum Jahr 2015 nicht nur 25 % sondern 35 % ihres Jahresüberschusses als Dividende zu zahlen, diskutiert wird. Solche Bestrebungen zeigen den begrenzten fiskalischen Spielraum, und viele staatsnahe Unternehmen (Sberbank, VTB, Gazprom) sind sogar der Forderung nach Dividendenzahlungen von 25 % des Reingewinns, u. a. durch Nutzung von Bilanzierungsspielräumen zwischen russischen und internationalen Rechnungslegungsstandards, nicht nachgekommen (die Gazprom Dividende 2012 liegt z. B. bei 25 % des Jahresüberschuss nach lokalen Rechnungsstandards, aber nur bei 12 % gemäß internationalen Rechnungslegungsstandards). Die Spannungen um die Dividendenzahlungen sind exemplarisch für die Probleme, die eine Teilmodernisierungsstrategie der russischen Wirtschaft mit sich bringt. Das Ziel international konkurrenzfähige Großkonzerne aufzubauen ist inkompatibel mit deren Behandlung als verlängerter Arm des Staates bzw. des Staatshaushaltes.

Vor allem im Bereich der Fiskalpolitik sollten die aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen auch nicht losgelöst vom längeren politischen (Konjunktur-)Zyklus

gesehen werden. Um eine unspektakuläre Wiederwahl in 2018 abzusichern und vor allem auch für den Wahlzyklus (der wohl ab 2016 beginnen wird) hinreichend Spielraum zu haben, muss erst einmal die fiskalische Konsolidierung fortgesetzt werden. Zudem wird die russische Volkswirtschaft wohl auch ohne deutliche Rohstoffpreiserhöhungen oder massive Fiskalausgaben im zweiten Halbjahr 2013 aller Voraussicht nach – von niedrigem Niveau ausgehend – wieder mit etwas positiveren Nachrichten aufwarten können. Da sich die russische Konjunktur schon im zweiten Halbjahr 2012 deutlich abgeschwächt hat, sollten die (Jahres-)Wachstumsraten heuer im zweiten Halbjahr schon angesichts dieser schwachen Basis leicht anziehen. Zudem würde schon eine normale Ernte im dritten Quartal einen positiven Wachstumsbeitrag leisten und auch die Inflation absenken; 2012 litt Russland bekanntlich unter einer extremen Dürre mit hohen Agrarpreiserhöhungen. Schon die zu erwartenden leichten Verbesserungen der Wachstumszahlen werden die wirtschaftspolitische Kontroverse in Russland – und damit das Motiv für personelle Veränderungen – etwas entschärfen, obwohl die fundamentalen wirtschaftspolitischen Probleme damit natürlich nicht gelöst sind.

In Bezug auf mögliche personelle Änderungen ist es nicht ganz verwunderlich, dass auch der Name Kudrin in den letzten Wochen im Zusammenhang mit diversen Funktionen genannt wurde. Eine Kudrin-Rückkehr hat es diesmal (noch) nicht gegeben und war wohl von Kudrin selber nicht gewollt, obwohl ihm offenbar ein Posten angeboten wurde. Es sieht also alles danach aus, dass Putin seine wirtschaftlichen Reformziele noch mit dem aktuellem Personal und vor allem mit eigenen Ideen und Instruktionen umsetzen will. Wobei Kudrin immer zurückkehren könnte, falls die Reformfortschritte weiter hinter den Erwartungen des Präsidenten zurückbleiben. Allerdings ist auch die Position Putins in Bezug auf den geringen strukturellen Reformfortschritt im Bereich Wirtschaft nicht unkritisch zu sehen. Seit dem Erlass seiner Präsidentendekrete im Mai 2012 hat er sich kaum um deren Implementierung gekümmert und dies eher Surkow überlassen. Angesichts der geringen Fortschritte im spezifischen Kontext Russlands wäre wohl mehr Engagement des Präsidenten nötig gewesen, wobei Putin sich indes in den letzten 12–18 Monaten eher um eine Straffung der politischen Zügel als um wirtschaftliche Reformen gekümmert hat.

Russland auf Kurs zu mehr Interventionismus in der Wirtschaft?!

Inhaltlich ist der bisherige Verlauf der wirtschaftspolitischen Kontroverse der letzten Monate eher positiv zu bewerten. Es wurde deutlich, dass einmal erreichte eher orthodoxe wirtschaftspolitische Positionen und Reform-

schritte, auch wenn diese kurzfristig nicht unbedingt politische Popularität versprechen, beibehalten und nicht schnell wieder revidiert werden. Die allgemeine makroökonomische Stabilität und die dafür notwendigen Aspekte wirtschaftspolitischer Oberziele werden beibehalten. Eine deutliche Aufweichung der Fiskalregel oder eine Gefährdung der Preisstabilität über eine zu starke Politisierung der Zentralbank könnte zudem dem Präsidenten mittelfristig schaden. Seine Popularität lebt auch davon, dass es die Zentralbank in den letzten Jahren geschafft hat die Inflation auf die niedrigsten Niveaus der letzten Dekaden zu senken. Bei den Neubesetzungen an der Zentralbankspitze wurde auch darauf geachtet nicht mit Personen zu überraschen, die als zu wenig liberal angesehen werden könnten. Zudem wurde angesichts des Drucks seitens Putins auf die Amtsinhaber deutlich, dass die Führung auf eine moderate Modernisierung, wenn auch nur in Teilbereichen der Wirtschaft, drängt. In diesen Zusammenhang sind auch die Bestrebungen der höheren Dividendenanforderungen an Staatsunternehmen oder das auf hohe Beamte und Funktionsträger abzielende Verbot des Transfers von Vermögenswerten ins Ausland zu werten, wobei hier nicht der generelle Kapitalverkehr eingeschränkt wird. Letzteres wäre sehr kontraproduktiv nachdem Russland sich in den letzten Jahren mehr und mehr für Auslandskapital geöffnet hat.

Positiv zu vermerken ist auch, dass die jüngste wirtschaftspolitische Kontroverse relativ offen geführt wird. In demokratisch verfassten Ländern gibt es ebenso oft wirtschaftspolitische Debatten mit diametral entgegengesetzten Positionen, wie auch die Eurozonenkrise zeigt. Auch im Westen wird die Unabhängigkeit einzelner wirtschaftspolitischer Institutionen direkt oder indirekt untergraben, und Wechsel an der Zentralbankspitze haben auch schon zu Richtungswechseln in der Geldpolitik geführt (wie etwa 1987 beim Wechsel von Volcker zu Greenspan in den USA oder wie unlängst in Japan). Oder der polnische Premier hat auch vor kurzem von staatsnahen Unternehmen gefordert durch Dividenderhöhungen zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Die politisch geforderte Dividende eines staatsnahen Unternehmens (KGHM Polska Miedz SA) wurde um 67% gegenüber dem Managementvorschlag erhöht. Allerdings ist die Sachlage in Russland dennoch eine andere. Das Festhalten an gewissen Regeln, wie der Unabhängigkeit der Zentralbank oder den neuen fiskalpolitischen Regel, ist hier angesichts ansonsten eher

schwach funktionierender wechselseitiger Kontrollkompetenzen und Kompetenzabgrenzungen («Checks and Balances») von hoher Bedeutung.

Einen eher unangenehmen Beigeschmack hat indes die starke Persönlichkeitskomponente in der jüngsten wirtschaftspolitischen Kontroverse. Dies gilt vor allem in Bezug auf die starke Rolle des Präsidenten, der sich erneut als der prominente Streitschlichter und »wirtschaftspolitische Schiedsrichter« positioniert hat, der die Wirtschaft »im Handbetrieb zu steuern« respektive die Wirtschaft ohne Reformen der Politik zu reformieren versucht. Unklar ist auch noch, inwiefern die personellen Veränderungen den wirtschaftspolitischen Einfluss des Präsidenten sowie der Präsidialverwaltung erhöhen. Die Befürchtungen, dass der Staatseinfluss im staatskapitalistischen Wirtschaftssystem Russlands wachsen könnte, bestehen fort und nehmen noch zu. Mit Igor Setschin, dem in ausländischen Medien Beinamen wie »Igor der Schreckliche«, »grauer Kardinal« oder »dunkler Helfer« anhaften, übernimmt eine Schlüsselfigur des Staatskapitalismus mehr und mehr eine gestalterische Rolle; wie etwa bei den jüngsten Umgestaltungen im Ölsektor, nachdem die wirtschaftliche Stärke Gazproms zunehmend nachlässt.

Abstrakt formuliert, zeichnen sich in immer mehr Branchen sogenannte »hybride Wirtschaftsstrukturen« ab. Dieser Begriff umschreibt einen Zustand, in dem einige wenige staatsnahe Unternehmen einen Markt dominieren und etwas privatwirtschaftlicher Wettbewerb um sehr geringe Marktanteile zugelassen wird. Letzteres geschieht vor allem damit die staatsnahen Betriebe nicht zu träge werden. Aufgrund solcher Trends ist es wenig verwunderlich, dass der als wirtschaftsliberal geltende Premier Medwedew immer mehr als technokratischer Verwalter ohne strategische Kontrolle über die Macht erscheint. Angesichts vieler Maßnahmen die auf einen steigenden Einfluss staatskapitalistischer Einflüsse hindeuten, könnten die eher wirtschaftsliberalen Neubesetzungen an der Zentralbankspitze und die bis dato geringe Politisierung der Zentralbank sogar als »Täuschungsmanöver« interpretiert werden. Es bleibt zudem abzuwarten ob angesichts der jüngsten Schlagzeilen um die Flucht des Ökonomen und Medwedew-Beraters Sergej Guriev nach Frankreich auch eine politischen Repression beginnt, die auf wirtschaftspolitisch eher liberal ausgerichtete Akteure und sogenannte »liberale Inseln« auf Wissenschafts- und Expertenebene abzielt, die insbesondere in der Medwedew-Amtszeit entstanden sind.

Über den Autor

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in Russland tätigen Auslandsbanken, mit Sitz in Wien. Der vorliegende Kommentar gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der Raiffeisen Bank International wieder.

GRAFIKEN ZUM TEXT

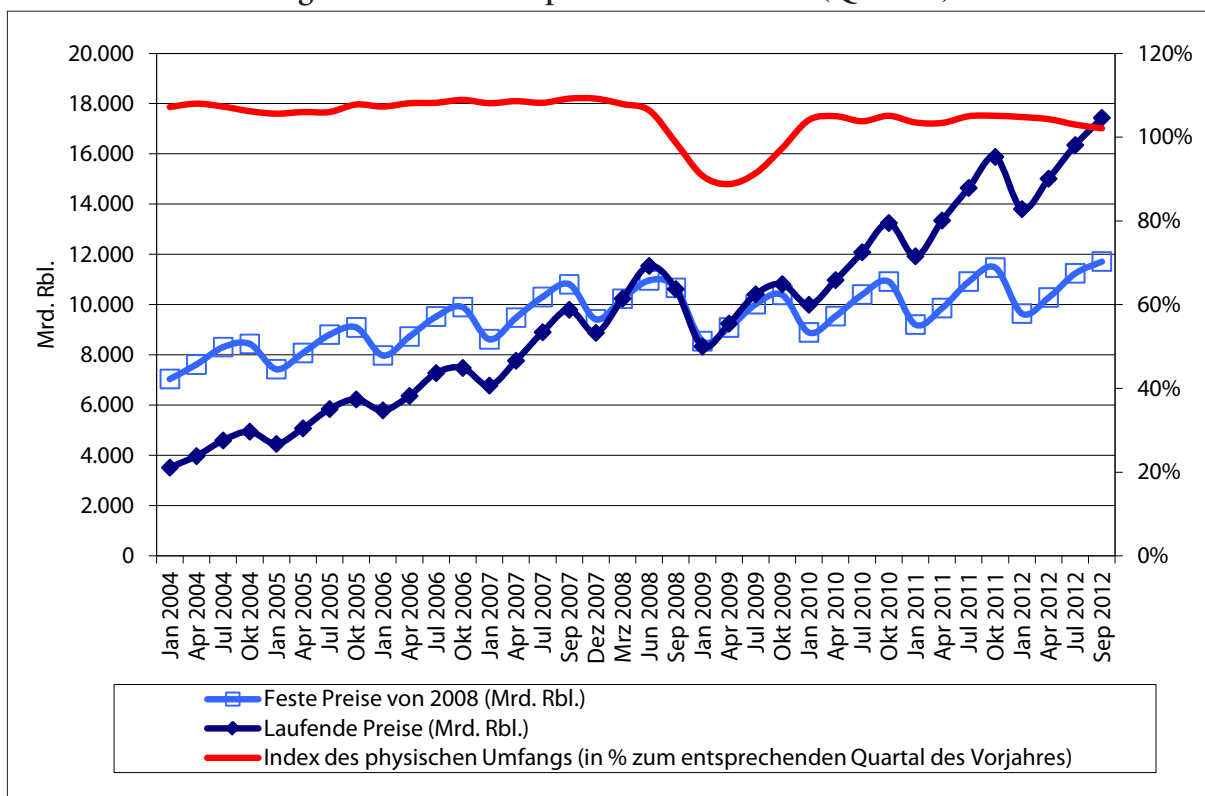
Wirtschaftsentwicklung 2012–2013

Grafik 1: Entwicklung des Ölpreises 2008–2013
(Europe Brent Spot Price FOB (Dollars per Barrel))



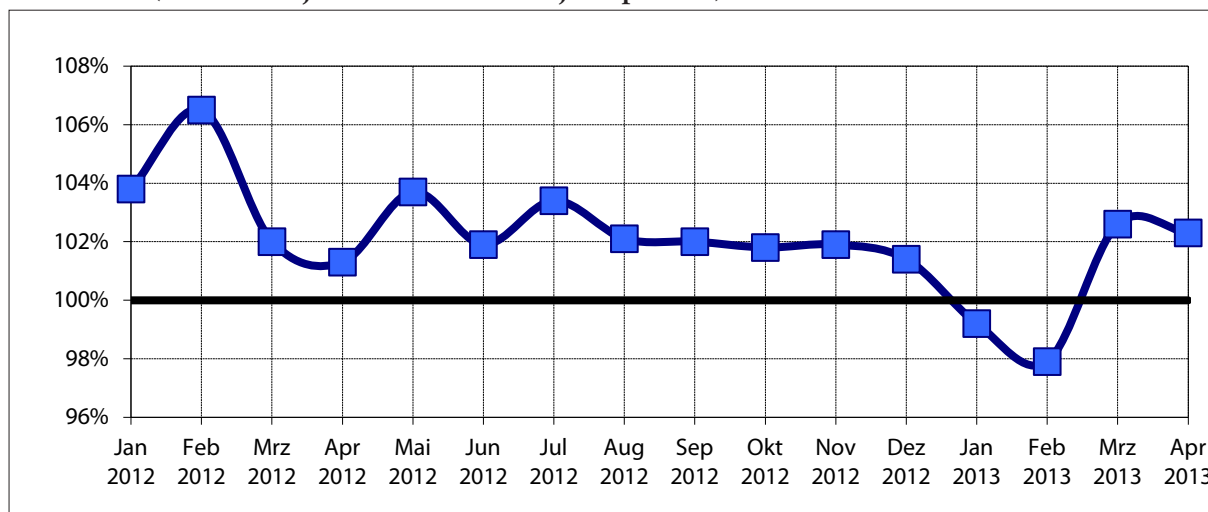
Quelle: http://www.eia.gov/dnav/pet/hist_xls/RBRTed.xls

Grafik 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2004–2012 (Quartale)



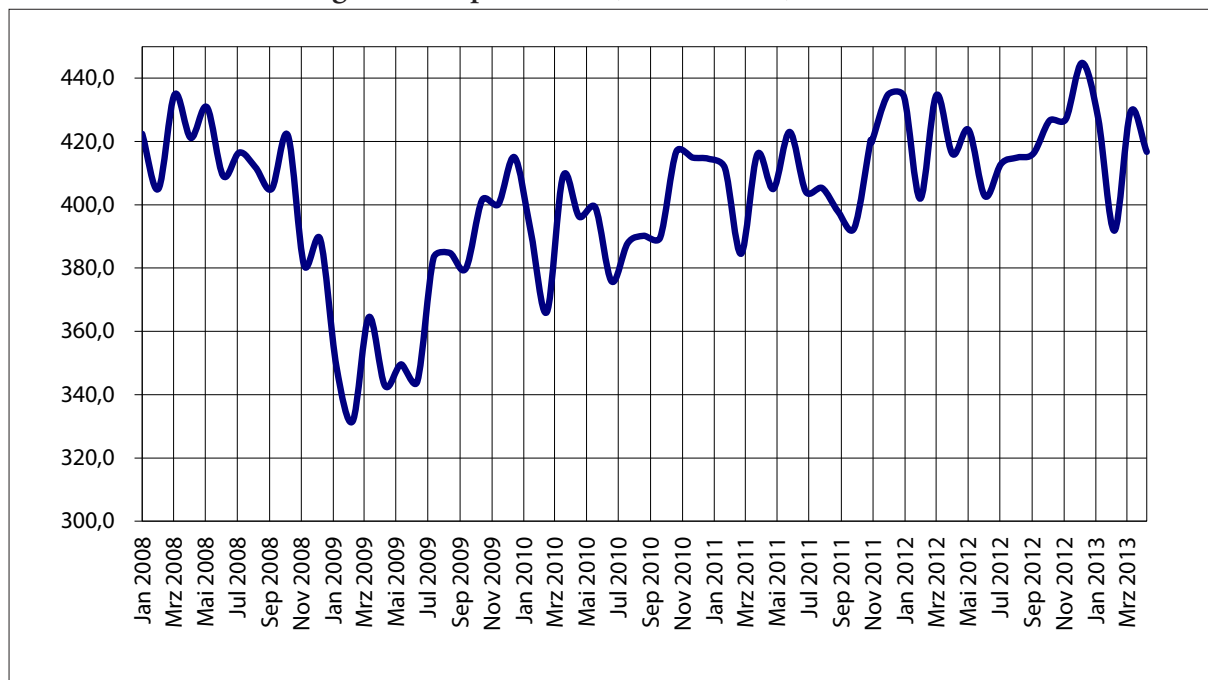
Quelle: Angaben der Statistikbehörde Rosstat http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vvp/tab5.xls; http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vvp/tab6a.xls; http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/accounts/#

Grafik 3: Wachstum der Industrie 2012–2013
(monatlich, jeweils in % zur Vorjahrsperiode)



Quelle: Angaben der Statistikbehörde Rosstat, http://www.gks.ru/bgd/free/B04_03/IssWWW.exe/Stg/d01/101.htm

Grafik 4: Güterumschlag im Transportwesen (in Mrd. t-km)

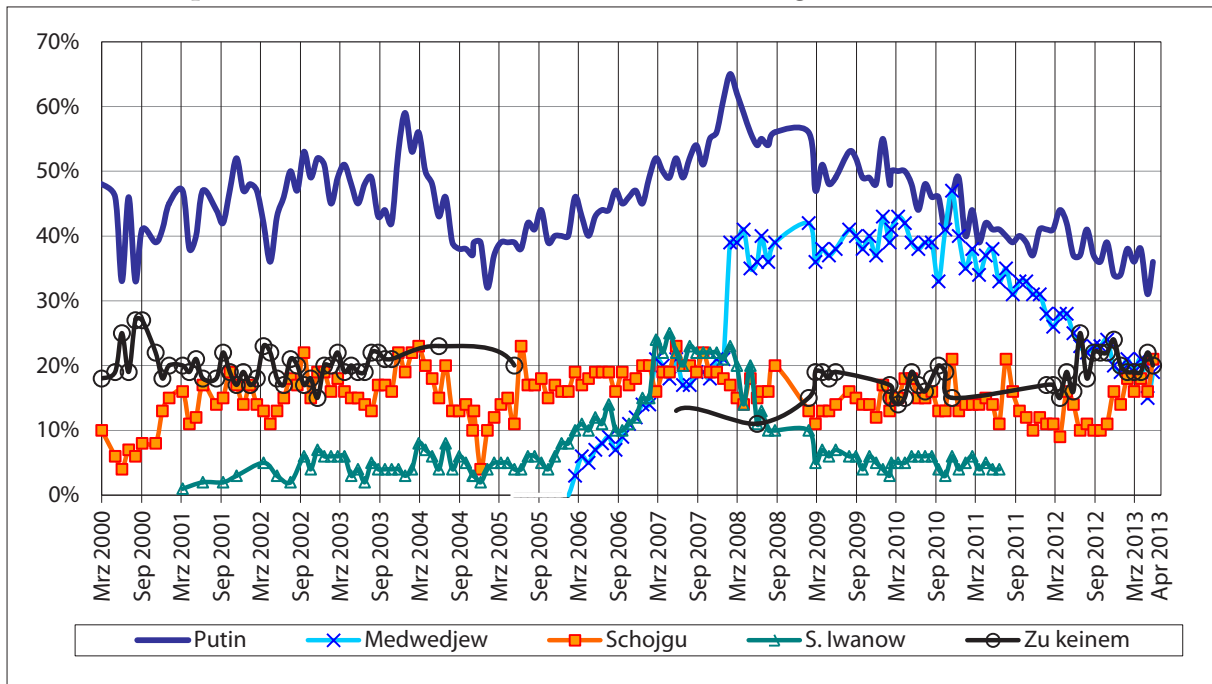


Quelle: http://www.gks.ru/bgd/regl/b13_02/IssWWW.exe/Stg//%3Cextid%3E/%3Cstoragepath%3E::|d010/1-06.doc

UMFRAGE

Putin und die politische Führung in den Augen der russischen Bevölkerung

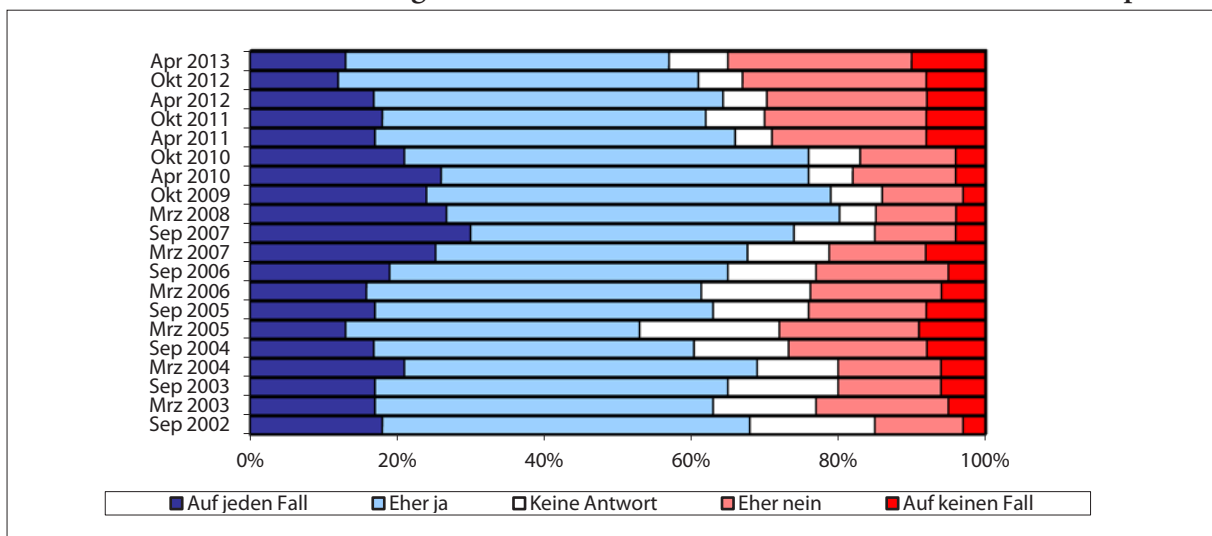
Grafik 5: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?
(Popularitätswerte März 2000–2013 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Nach den Angaben auf der Homepage des WZIOM www.wciom.ru bzw. www.levada.ru

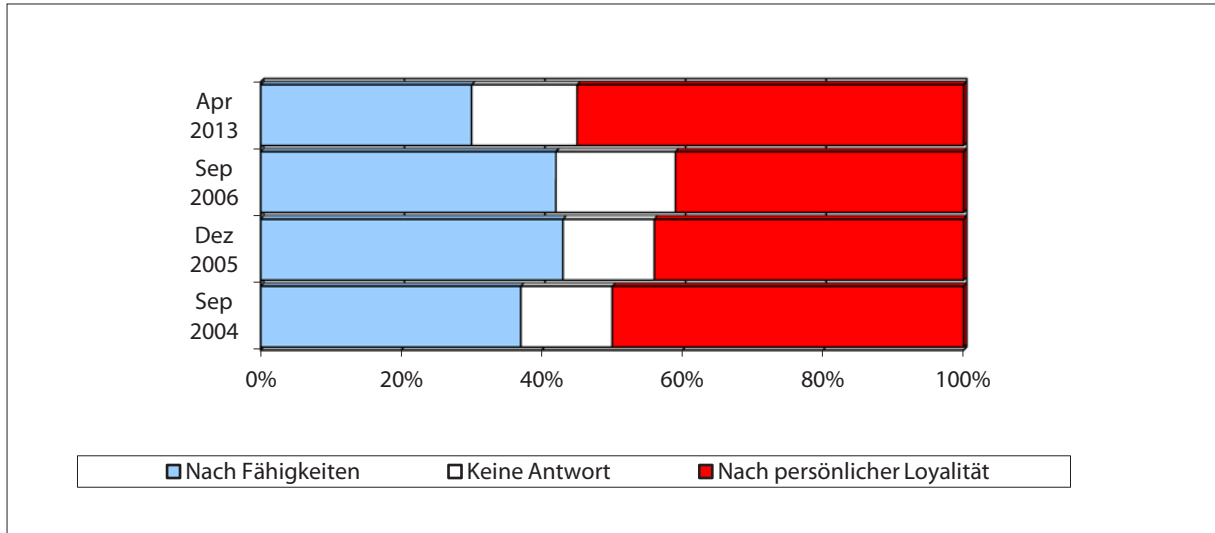
Putin in Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 6: Bewerten Sie die Tätigkeit Wladimir Putins im Amt des Präsidenten Russlands positiv?



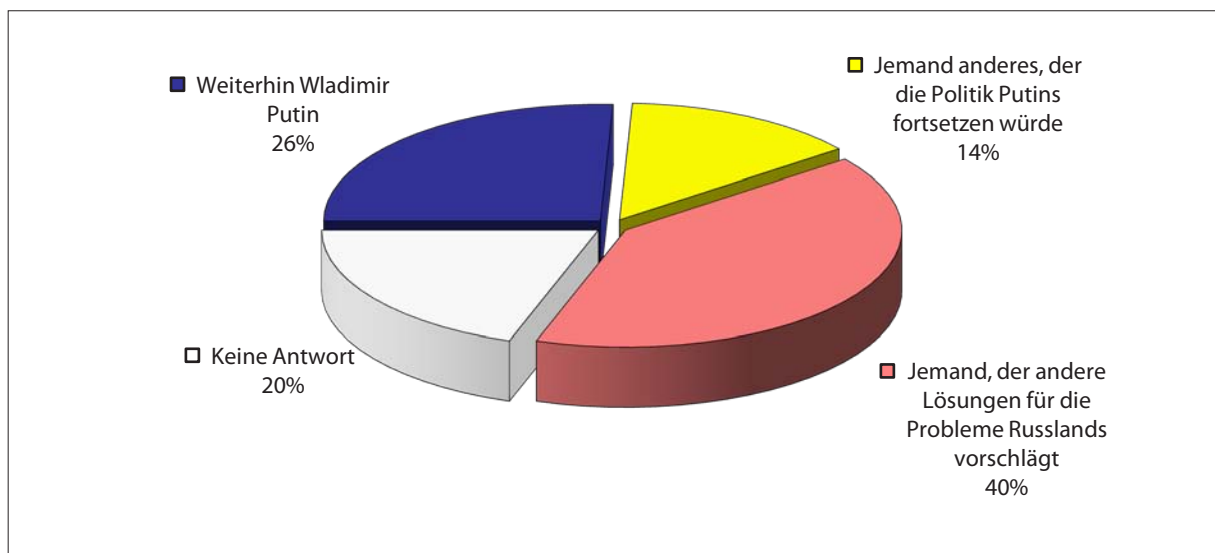
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/15-05-2013/odobrenie-prezidenta-i-pravitelstva-reiting-partii>.

Grafik 7: Wählt Wladimir Putin Ihrer Meinung nach das Führungspersonal hoher Staatsämter im Wesentlichen auf Grund ihrer Fähigkeiten oder auf Basis ihrer persönlichen Loyalität ihm gegenüber aus?



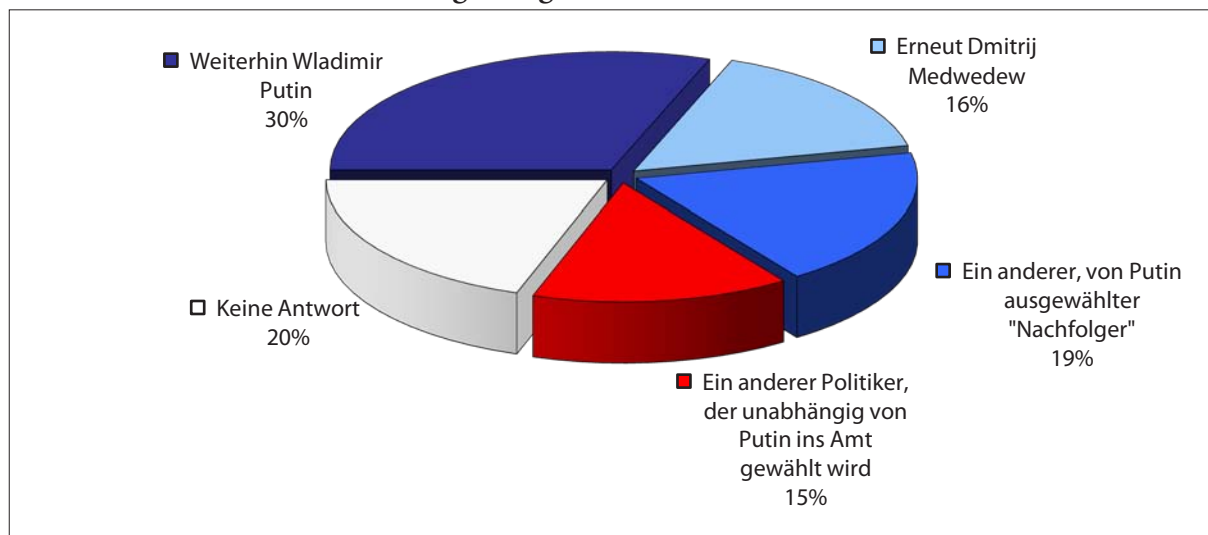
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/15-05-2013/odobrenie-prezidenta-i-pravitelstva-reiting-partii>.

Grafik 8: Wen würden Sie nach den Wahlen 2018 gerne im Amt des russischen Präsidenten sehen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 7. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/07-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-vlasti-i-4-m-sroke-putina>.

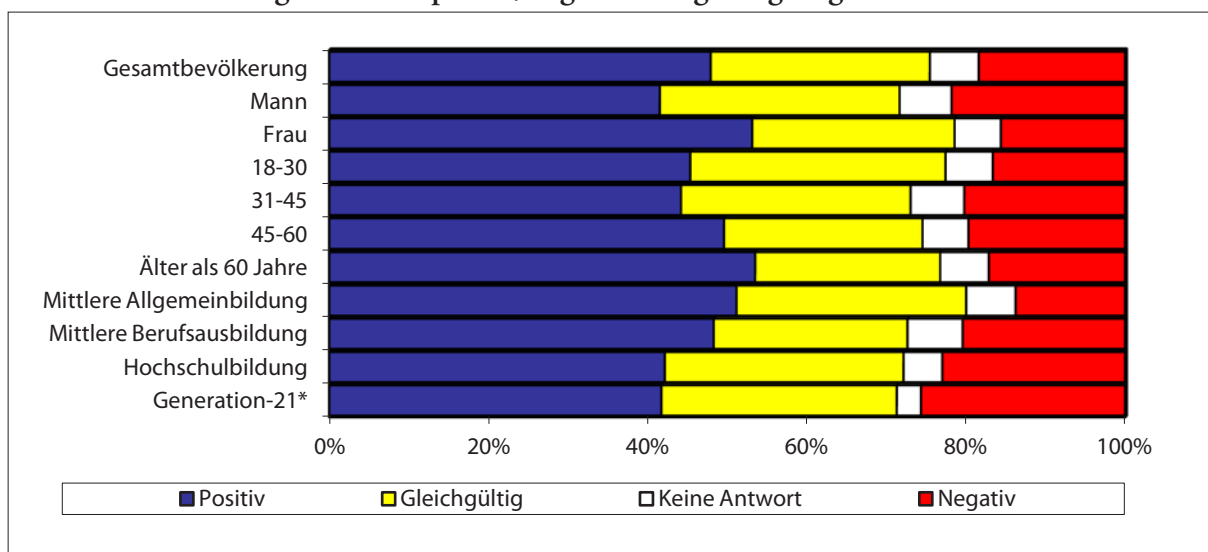
Grafik 9: Wer wird Ihrer Meinung zufolge nach den Wahlen 2018 russischer Präsident sein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 7. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/07-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-vlasti-i-4-m-sroke-putina>.

Putin in Umfragen des FOM

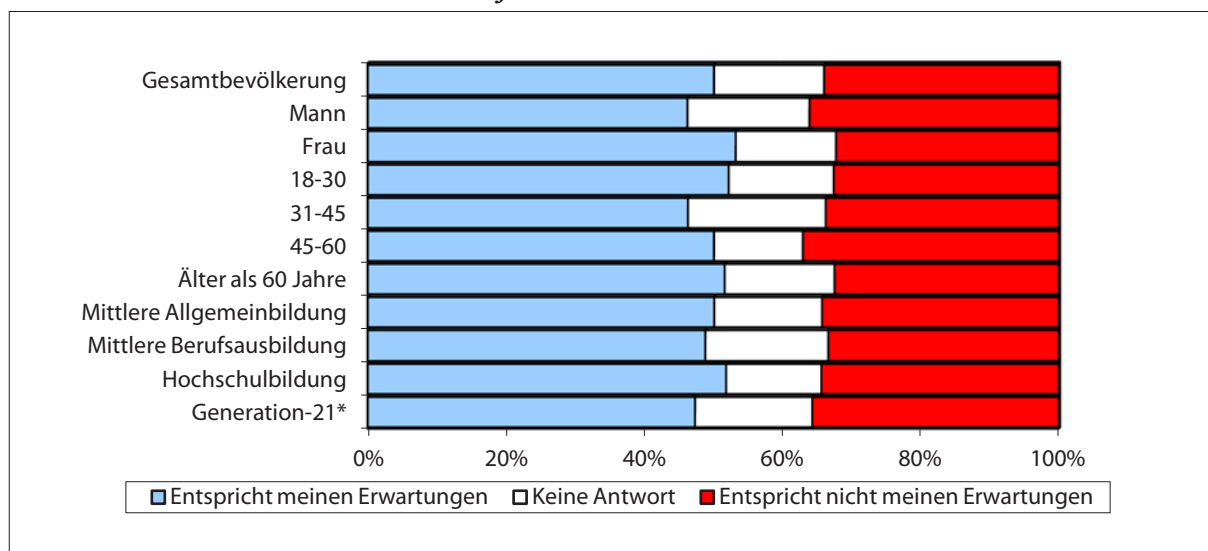
Grafik 10: Wie haben Sie vor einem Jahr die Wiederwahl Wladimir Putins als russischer Präsident aufgenommen: positiv, negativ oder gleichgültig?



* Generation-21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 27.–28. April 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 16. Mai 2013 unter: <http://fom.ru/posts/download/10911>.

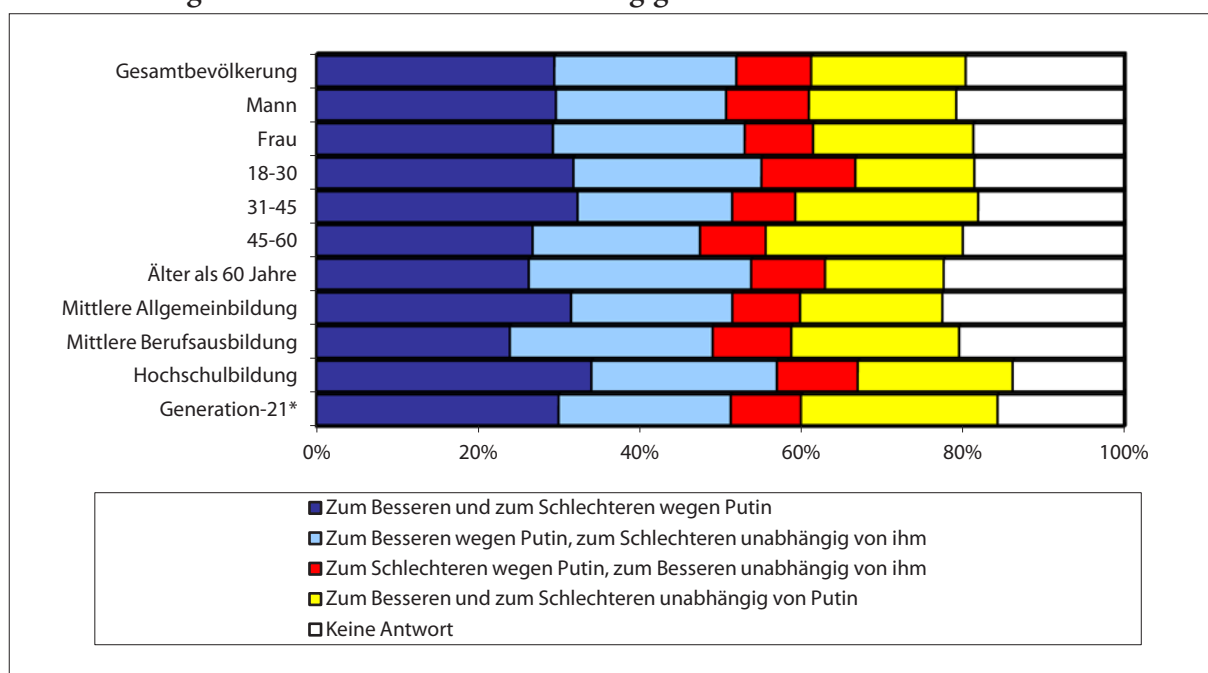
Grafik 11: Entspricht die Tätigkeit Wladimir Putins im Amt des Präsidenten dem, was Sie persönlich von ihm vor einem Jahr erwartet haben?



* Generation-21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 27.–28. April 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 16. Mai 2013 unter: <http://fom.ru/posts/download/10911>.

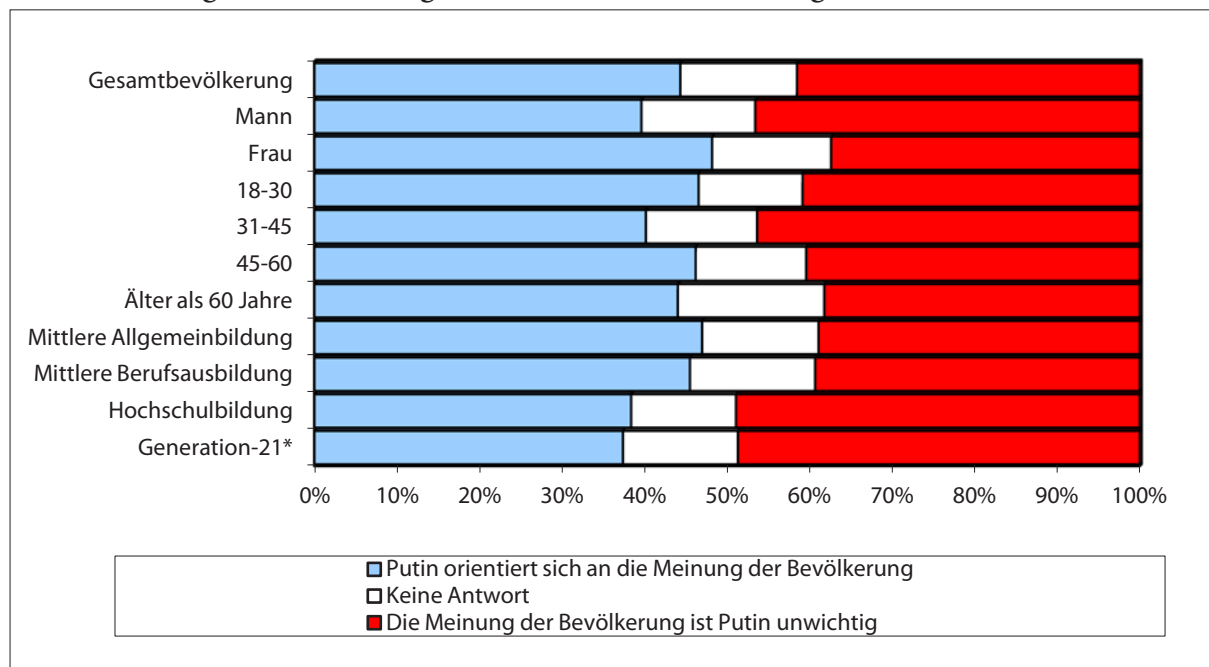
Grafik 12: Erfolgen ernsthafte Veränderungen im Land, zum Besseren wie zum Schlechteren, wegen Wladimir Putin oder unabhängig von ihm?



* Generation-21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 27.–28. April 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 16. Mai 2013 unter: <http://fom.ru/posts/download/10911>.

Grafik 13: Orientiert sich Wladimir Putin bei seinen Handlungen in erster Linie an der Meinung der Bevölkerung, oder ist diese nicht so wichtig?

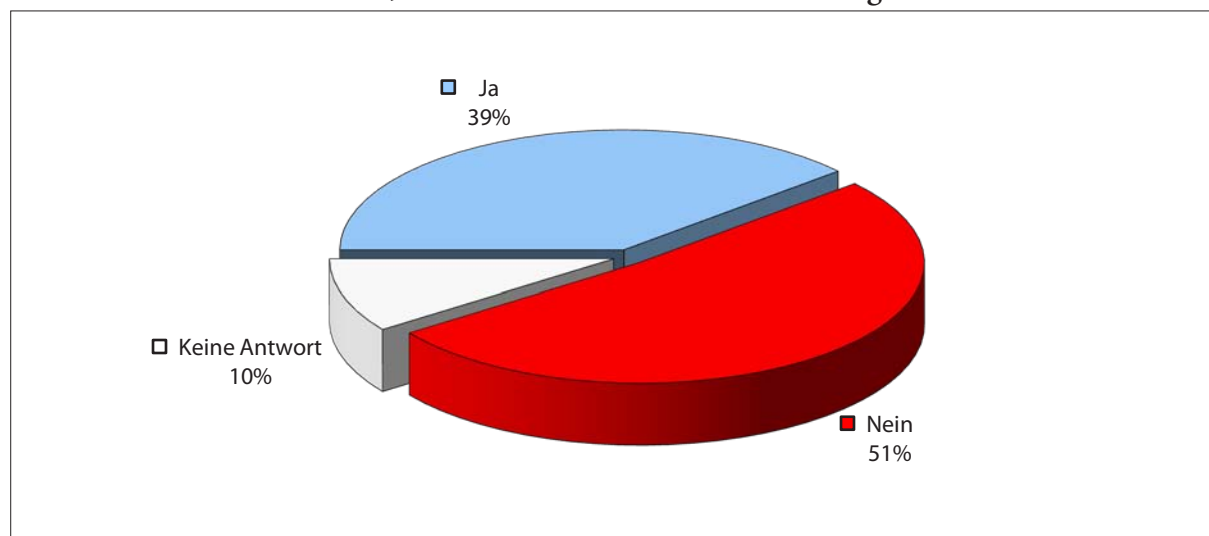


* Generation-21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 27.–28. April 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 16. Mai 2013 unter: <http://fom.ru/posts/download/10911>.

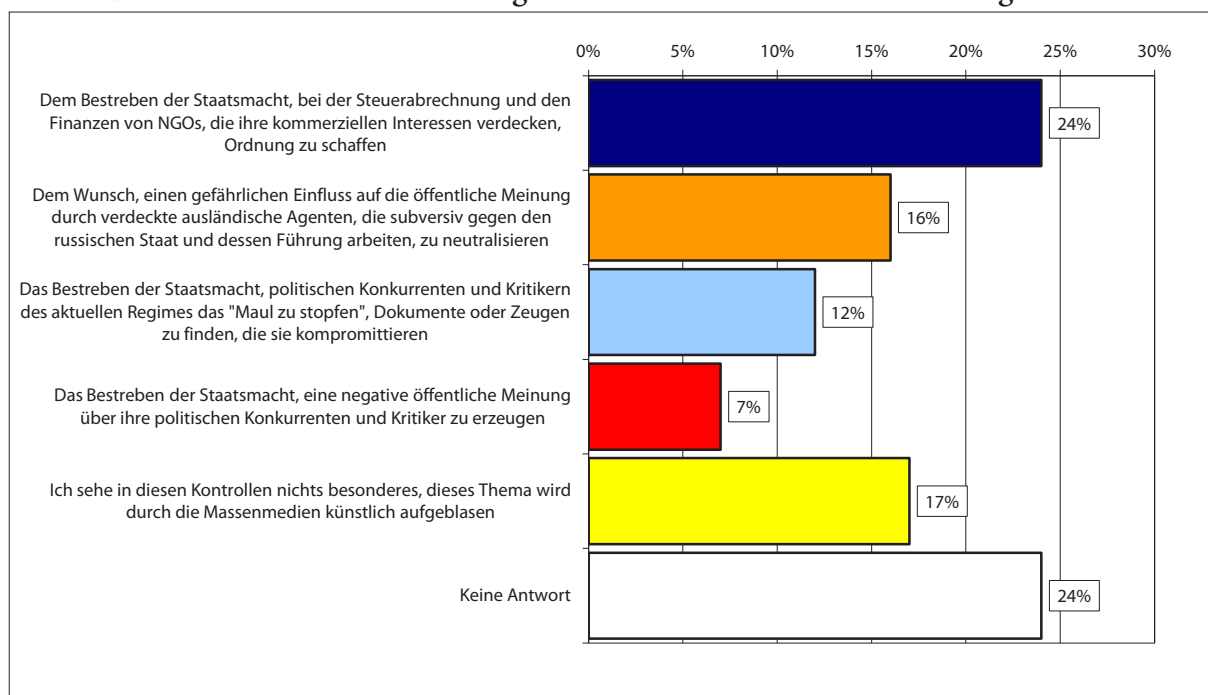
»Ausländische Agenten«

Grafik 14: Haben Sie von den Kontrollen bei Nichtregierungsorganisationen gehört, die von der Staatsanwaltschaft, dem FSB und Steuerbehörden durchgeführt wurden?

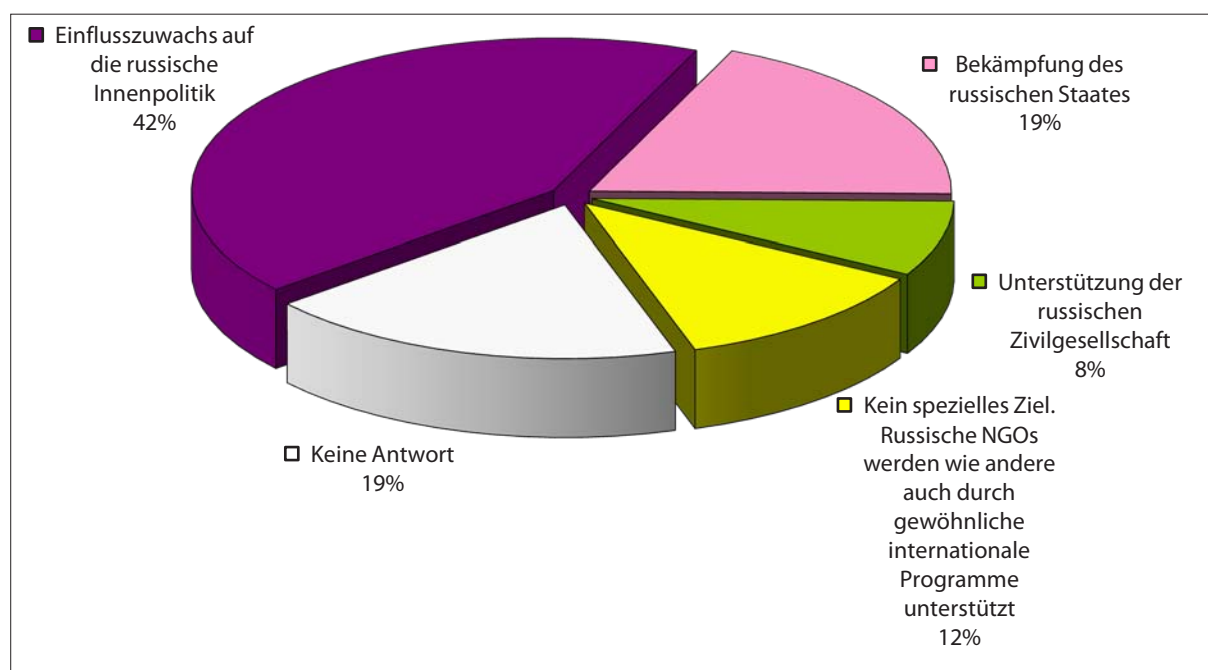


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.lewada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>.

Grafik 15: Wodurch sind Ihrer Meinung nach diese Kontrollen am ehesten begründet?



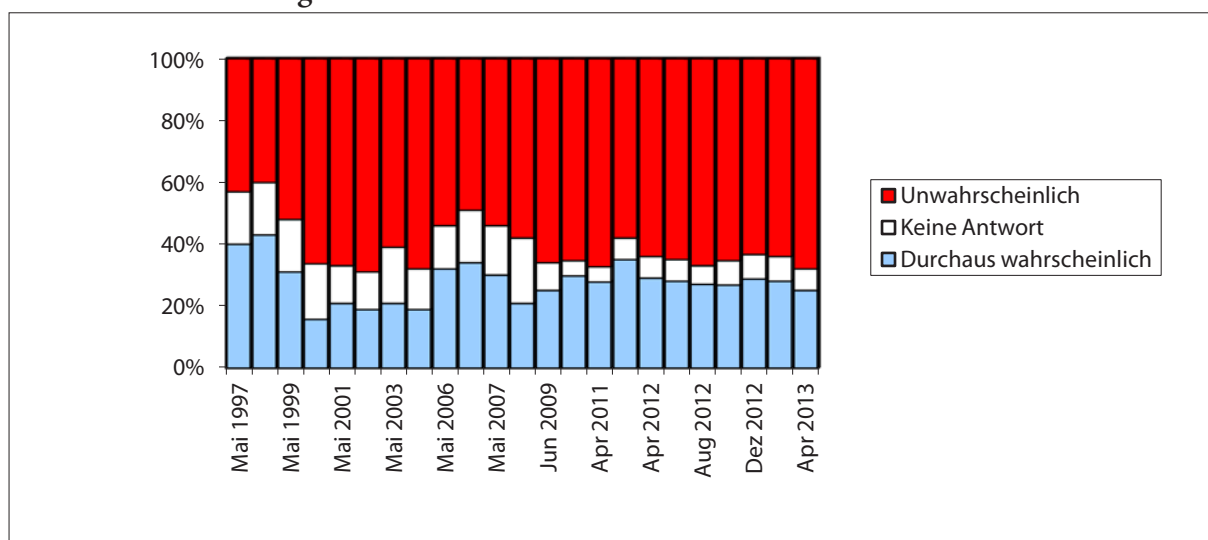
Grafik 16: Welche Ziele verfolgen westliche Staaten, die für russische Nichtregierungsorganisationen Gelder bereitstellen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>.

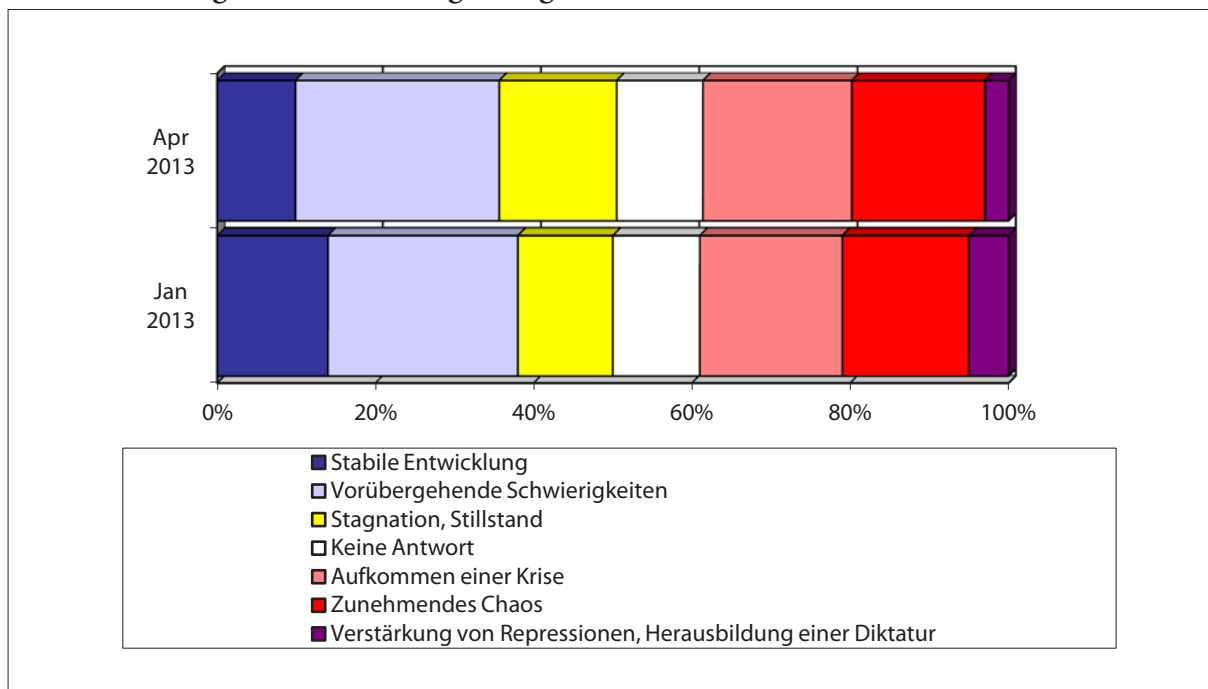
Protestpotential in Russland

Grafik 17: Für wie wahrscheinlich sind in Ihrer Stadt/Landkreis Demonstrationen der Bevölkerung?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 21. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/21-05-2013/gotovnost-uchastvovat-v-protestakh>.

Grafik 18: Was geht Ihrer Meinung nach gerade in Russland vor sich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 21. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/21-05-2013/gotovnost-uchastvovat-v-protestakh>.

Putin und die Zivilgesellschaft

Jens Siegert, Moskau

Wenn man will, kann das erste Putin-Präsidentenjahr (3. Auflage) ziemlich schnell abgehandelt werden. Nachdem der Protestwinter Putin und den Seinen ordentlich Angst eingejagt hat, schlagen sie nun seit vorigem Sommer nach dem altem Tschekistenmotto zurück, dass der Konter immer etwas härter ausfallen muss als der vorher abgewehrte Angriff. Und er muss den Gegner an einer möglichst empfindlichen, am besten auch entscheidenden Stelle treffen. Damit wäre zum Einen erklärt, warum es so einen Overkill von neuen repressiven Gesetzen gibt. Und zum anderen machte auch das Hauptziel, die unabhängige russische NGO-Szene Sinn. Wie gesagt, das ist eine schnelle, einfache und wohl *auch* nicht falsche Erklärung. Aber sie erklärt nur die eine Seite und sagt wenig über die andere. Will man tiefer schauen, kommt man, wie fast immer, um ein wenig Geschichte (und sei es auch nur *Zeitgeschichte*) nicht herum.

Warum also gestaltet sich das Verhältnis Putin-Zivilgesellschaft kompliziert? Erst einmal ist da nichts Verwunderliches dran. Fast alle An-Der-Macht-Befindlichen der zweiten Hälfte des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts haben sich mit den selbstorganisierten Gruppen schwer getan, die erst »Bürgerinitiativbewegung«, »Neue Soziale Bewegungen« und heute »Zivilgesellschaft« – besser wäre natürlich »Bürgergesellschaft« – genannt werden. Das liegt erst einmal daran, dass sie anders als der Staat selbst organisiert von unten und nicht von oben funktionieren. Das liegt dann praktisch aber vor allem daran, dass sie in den Augen der Obrigkeit prinzipiell stören. Umso seltsamer müssen sie jemandem vorkommen, der mit der Vorstellung eines allumfassenden Staates groß geworden ist und seine berufliche Karriere im wichtigsten Allumfassungsinstrument dieses Staates gemacht hat. Die Kontrolle des Widerspenstigen ist immer schwierig.

Putins erste Bekanntschaft mit dem, was später einmal die Zivilgesellschaft werden sollte, datiert, soweit wir von ihm selbst wissen, auf die 1970er Jahre in Leningrad. Damals war er an der Zersetzung von Dissidentenzirkeln beteiligt. Ein gewisser Stolz auf den Erfolg dieser Arbeit lässt sich in seinen Erzählungen durchaus noch heute erkennen. Umso unangenehmer muss es für den noch ganz neuen Präsidenten 2001 (2. Jahr, 1. Auflage) gewesen sein, dass sich gerade die doch eher als schwach, wenig organisiert und machtpolitisch weniger wichtig eingestuften NGOs als widerständigste Gesellschaftsgruppe erwiesen und sich nicht, wie vorher schon politische Parteien, Presse und Wirtschaft in den neu

entstehenden Putinschen Korporationsstaat einsortieren ließen. Vielleicht wird dieser erste Versuch im Kreml heute auch als nicht entschieden genug bewertet. Jedenfalls endete er mit einer Art Burgfrieden. Die NGOs arbeiteten in verschiedenen Räten und Kommissionen mit, wobei der Staat auf scharfe Daumenschrauben und die geplante Bildung einer Art »Vertretungskammer« für zivilgesellschaftliche Organisationen verzichtete.

Runde zwei begann mit den sogenannten »Revolutionen« in Georgien (Rosen) und der Ukraine (orange). Ähnlichem in Russland, also aus Kremlsicht dem »Umsturz mit Hilfe ausländischer Finanzierung für russische NGOs«, sollte vorgebeugt werden. 2005/2006 wurden deshalb die bestehenden, NGOs betreffenden Gesetze zusammen gefasst und durch umfassende Berichtspflichten ergänzt. Kernstück der Neuerungen waren weitgehende Kontrollbefugnisse des Justizministeriums, die bis in die Satzungen der NGOs reichten und erstmals auch das Recht des Staates vorsahen, NGOs aus politischen Gründen zu schließen. Praktisch änderte sich, nachdem die Hysteriewelle angesichts des Machtwechsels in der Ukraine erst einmal abgeebbt war, aber kaum etwas – von der erzwungenen Bürokratielle innerhalb der NGOs einmal abgesehen.

Jetzt rollt die dritte Welle. Diesmal wird es wohl einer ausgewählten Anzahl von NGOs an den Kragen gehen (zum aktuellen Stand siehe: <http://russland.boellblog.org/2013/06/07/russische-ngo-agentenjagd-eine-zwischebilanz/>). Andere werden durch Straf- und Schließungsandrohungen er- und abgeschreckt. Ob sich im Ergebnis viel ändert, bleibt abzuwarten. Bisher sind die russischen NGOs aus jeder Runde mit Putin stärker, kompetenter und mit besserer Reputation heraus gekommen als sie reingegangen sind. Aber »bisher« ist natürlich keine Garantie.

Nun zur Geschichte, die sich ja bekanntlich nicht wiederholt, aber trotzdem manchmal Muster aufweist, die man wieder zu erkennen glaubt und die dann das Denken weiter bringen. Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich ein russischer Staat, die noch nicht Sowjetunion genannte frühe Republik, ihrer gesellschaftlichen Organisationen entledigt. Auch das geschah in drei Phasen: 1921 der erste Versuch, noch ohne richtigen Drive, unterbrochen vom Tauwetter der Neuen Ökonomischen Politik; dann wieder 1929/1930, auch eher halbherzig und vom großen Hunger gestört; endgültig dann ab 1934/35, also noch vor dem Großen Terror, der ja aber vor allem seiner Organisation wegen unter Stalins Grausamkeiten noch hervorragt

und nicht, wie oft angenommen wird, aufgrund der Zahl der Opfer.

Nun ist Putin nicht Stalin und 2013 ist nicht 1935. Banal aber wichtig. Die endgültige Vernichtung vom Staat unabhängiger Vereinigungen Mitte der 1930er Jahre war aus staatlicher (Stalins) Sicht nur »sinnvoll« im Rahmen der Totalisierung eines schon weitgehend von seiner Umwelt isolierten und hoch neurotischen Staates. Heute wird mit all dem mehr gespielt, als das es wirklich so ernst wäre, auch wenn es für einzelne Akteure bis zum Verlust der Freiheit ernst, der Heimat und, in Einzelfällen, auch todernst sein kann. Russland und auch seine Elite sind eng in ein völlig anderes internationales (Wirtschafts-)System eingebunden. Es wäre eine unwahrscheinliche Form von Selbstverleugnung, das alles ernsthaft aufs Spiel zu setzen.

Zum anderen sind wir in Russland. Und Russland ist das Land der Kampagnen – und die dauern nie ewig. Um genau zu sein, haben sie in den vergangenen 100 Jahren, egal ob sie nun gegen Volksfeinde oder den Alkohol vom Zaum gebrochen wurden, nie länger als 20 Monate gedauert. Kampagnen sind im Apparat selten unumstritten. Sie werden durch den Elan der Führung angetrieben, gewinnen eine Zeit lang Kraft aus dem Wettbewerb der Ausführenden und erlahmen, wenn es neue, wichtigere, dringendere Aufgaben zu erledigen gibt. Mitunter werden sie auch von oben abgebrochen, weil sie für die Machthabenden selbst zur Gefahr zu werden drohen. Kampagnen kosten Kraft. Sie überfordern über kurz oder lang jeden Apparat. Auch die gegenwärtige Kampagne gegen »NGO-Agenten«, so wage ich ein wenig kühn zu behaupten, wird also bald zu Ende gehen. 10 Monate sind schon vorbei und die ersten Anzeichen gibt es schon.

Anfang Juni erklärte Justizminister Alexander Kononow, die »Überprüfungen« der NGOs hätten rund 100 Agenten ans Licht gebracht. Diese 100 haben wohl

inzwischen alle (siehe meinen schon erwähnten »Zwischenbericht«) einen Bescheid der Staatsanwaltschaft bekommen. Jetzt fehlt noch die Bestrafung der ausgesuchten Opfer. Dann kann man – aus Sicht des Staates – wieder zum Alltag über gehen.

Eines wird aber wohl noch darüber hinaus geschehen. Der Staat wird versuchen, die unabhängigen NGOs auseinander zu dividieren. Denn nichts scheint oben so übel aufgestoßen zu sein wie die Tatsache, dass sich bis heute keine einzige NGO als »Agent« hat registrieren lassen. Daran ist der Kreml natürlich selbst schuld. Die Gesetze lassen den NGOs kaum einen anderen Ausweg. Das hat drei Gründe. Zum einen ist die Selbstbezeichnung als »Agent« (und genau die fordert das Gesetz) gefährlich. Im Zusammenhang mit anderen Gesetzen, wie dem verschärften Landesvertragsgesetz, kann darauf aufbauend später schnell eine Straftat konstruiert werden. Im Konstruieren aber zeigt sich die Staatsanwaltschaft unter Billigung der Gerichte in jüngster Zeit wieder fast auf der Höhe sowjetischer Zeit.

Zum zweiten – und das zielt auf Putins Miss-Verstehen, mit dem dieser Text begann – kann sich das »Agenten«-Bekenntnis keine echte NGO leisten. Ein großer Teil ihres sozialen und politischen Kapitals besteht ja gerade aus dem guten Ruf, keines Herrn Agent zu sein.

Und zum dritten will ich am Schluss noch ein klein wenig Pathos hinzufügen. In den vergangenen 25 Jahren ist in gar nicht mehr so kleinen Teilen der russischen Gesellschaft ein Gefühl der eigenen Würde als BürgerInnen so stark gewachsen, dass die durch das »Agentengesetz« geforderte Selbsterniedrigung und das vor dem Staat Zu-Kreuze-Kriechen einfach nicht mehr geht. Der russische Staat unter Putin hat dazu, freilich un(frei)willig, einiges beigetragen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Vom 30. Mai bis zum 13. Juni 2013

30.05.2013	Das Lewada-Zentrum entscheidet sich nach einer Verwarnung durch die Staatsanwaltschaft, in Zukunft auf Finanzierung aus dem Ausland zu verzichten.
31.05.2013	Das Moskauer Stadtgericht spricht den Geschäftsmann Alexej Koslow in der Revision vom Vorwurf der Geldwäsche frei, hält den Anklagepunkt des Betrugs aber aufrecht. Die Haftzeit wird um ein Jahr verkürzt. Am 3.6. wird Koslow auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren, in dem er ursprünglich verurteilt worden war, war in der Öffentlichkeit sehr umstritten.
31.05.2013	Auf dem Moskauer Triumphalplatz werden bei der nicht genehmigten »Strategie-31« Demonstration, zur Verteidigung der Versammlungsfreiheit, 14 Personen festgenommen.
01.06.2013	Sicherheitskräfte töten im Tscherekskij Rajon (Republik Kabardino-Balkarien) in einem Feuergefecht zwei Personen, die die regionalen Untergrundkämpfern mit Waffen beliefert haben.
01.06.2013	Sicherheitskräfte nehmen den Bürgermeister Machatschkalas (Dagestan), Said Amirow, fest. Amirow wird verdächtigt, den Mord an einem Ermittlungsbeamten organisiert zu haben.
01.06.2013	Im Gebiet Moskau findet der Erste Parteitag der wiedergegründeten Partei »Rodina« (Heimat) statt. Vorsitzender ist der Dumaabgeordnete Alexej Shurawljow. »Rodina« knüpft an die gleichnamige Organisation an, die zwischen 2003 und 2006 unter Sergej Glasjew und Dmitrij Rogosin eine Rolle gespielt hat.
03.–04.06.2013	In Ekaterinburg findet der 31. EU-Russland Gipfel statt. Präsident Wladimir Putin und russische Regierungsvertreter erörtern mit Herman Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rates, José Manuel Barroso, Vorsitzender der EU-Kommission, sowie Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Fragen der Handels- und Wirtschaftskooperation, eines neuen Kooperationsabkommens sowie die Lage in Syrien.
04.06.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt eine unabhängige Organisation, die mit der Wahlrechtsassoziation »Golos« verbunden ist, wegen der Weigerung, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren, zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (ca. € 7.200). »Golos« teilt mit, dass es 800.000 Rubel (ca. € 19.000) an Spenden für Strafzahlungen und die weitere Tätigkeit aufgebracht hat.
05.06.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin an und beauftragt ihn, die Amtsgeschäfte bis zu den vorgezogenen Bürgermeisterwahlen wahrzunehmen. Sobjanin tritt zurück, um eine vorgezogene Bürgermeisterwahl abhalten zu können.
05.06.2013	Garry Kasparow, Schachweltmeister und russischer Oppositionsaktivist, gibt auf einer Pressekonferenz in Genf bekannt, er werde vorerst nicht nach Russland zurückkehren, da er eine Strafverfolgung im Rahmens des Bolotnaja-Verfahrens befürchtet.
05.06.2013	Auf der ältesten Metrolinie Moskaus (Sokolnitscheskaja) kommt es innerhalb weniger Stunden zu zwei Kurzschlüssen und einem Kabelbrand. Ca. 4.500 Personen werden evakuiert, ca. 80 Personen erleiden Rauchvergiftungen.
06.06.2013	Im Moskauer Stadtgericht beginnt das Verfahren wegen der Unruhen auf dem Bolotnaja Platz am 6. Mai 2012. 12 Personen werden beschuldigt, bei der Demonstration zu Massenunruhen aufgerufen, an diesen teilgenommen und Gewalt gegen Staatsbeamte angewendet zu haben. Die Untersuchungshaft aller Angeklagten wird um ein halbes Jahr verlängert.
06.06.2013	Sergej Sobjanin, Mitglied im Büro des Obersten Parteirats von »Einiges Russland« und kommissarischer Bürgermeister Moskaus, teilt mit, dass er bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen als Direktkandidat ohne offizielle Parteibindung antreten will.
06.06.2013	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt die NGO »LGBT-Kinofestival ›Bok o Bok‹ (Seite an Seite)«, die seit 2007 ein schwul-lesbisches Kinofestival organisiert, wegen fehlender Registrierung als »ausländischer Agent« zu 500.000 Rubel Strafe (ca. € 12 Tsd.).
06.06.2013	Im Gebiet Chabarowsk stürzt ein Mi-8 Hubschrauber mit 5 Personen an Bord ab. Alle Insassen kommen ums Leben.
06.06.2013	Präsident Wladimir Putin und Ludmilla Putina geben bekannt, dass sie sich scheiden lassen werden.
07.06.2013	Die Moskauer Stadtduma beschließt auf einer außerplanmäßigen Sitzung, die vorgezogenen Bürgermeisterwahlen in Moskau am 8. September durchzuführen.
07.06.2013	Präsident Wladimir Putin ernennt seinen Gehilfen Jewgenij Schkolow zum Bevollmächtigten für Antikorruptionsüberprüfungen. Schkolow erhält danach die Vollmacht, Korruptionskontrollen anordnen zu können.

07.06.2013	Bei der Vorlage des Planes zur Umsetzung der »Mai-Erlasse« von 2012 kritisiert Präsident Wladimir Putin die Regierung. Innerhalb von zwei bis drei Wochen soll der Plan konkretisiert werden und Verantwortliche nennen.
08.06.2013	Bei einem Angriff von Untergrundkämpfern auf einen Polizeiposten in Naltschik (Republik Kabardino-Balkarien) wird ein Polizist sowie ein Angreifer getötet.
11.06.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, dass die »Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen unter Minderjährigen« unter Strafe stellt. Die Strafen von 4.000 bis eine Million Rubel (ca. € 93 – 23.250) . Ausländischen Staatsbürgern droht die Abschiebung.
11.06.2013	Die Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, dass die Verletzung religiöser Gefühle unter Strafe stellt. Als Höchststrafe wurde eine Geldstrafe 500.000 Rubel (ca. € 11.600) bzw. eine dreijährige Haft festgelegt.
11.06.2013	Bei einem Überfall durch Untergrundkämpfer im Rayon Nowolakschij (Dagestan) werden drei Angehörige einer Sondereinheit sowie zwei Angreifer getötet. Außerdem werden zwei Zivilpersonen verletzt. Im Rayon Chasawjurt (Dagestan) töten Sicherheitskräfte drei Untergrundkämpfer, als es bei einer Fahrzeugkontrolle zu einem Feuergefecht kommt.
12.06.2013	Wladimir Putin gibt einen Empfang im Moskauer Kreml zum »Tag Russlands«. In einer Rede unterstreicht er die zentrale Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für die russische Entwicklung.
12.06.2013	Gründungskongress der »Allrussischen Volksfront« (ONF). Die ONF, die bisher nur Bewegungscharakter hatte, formiert sich zu einer gesellschaftlichen Organisation und benennt sich in »Volksfront »Für Russland« um. Präsident Wladimir Putin wird einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Der Dumaabgeordnete Andrej Botscharow wird Vorsitzender des Exekutivkomitees.
12.06.2013	In Moskau findet ein genehmigter Protestmarsch oppositioneller Gruppen zur Unterstützung politischer Gefangener statt. Die Polizei spricht von 6.000 Teilnehmern, die Organisatoren von 20.000.
13.06.2013	Das russische Bildungsministerium veröffentlicht einen »Fahrplan« zur Ausarbeitung eines einheitlichen Lehrbuchs für Geschichte in Russland. Die Arbeitsgruppe leitet Sergej Naryschkin, Vorsitzender der Staatsduma.
13.06.2013	Präsident Vladimir Putin informiert die Regierung und Vertreter der Präsidialadministration bei einer gemeinsamen Beratung, dass er die Botschaft zur Haushaltspolitik 2014 – 2016 unterzeichnet habe, die die Grundlage für den Föderalhaushalt darstellen soll. Die Haushaltspolitik soll auf die Umsetzung sozialer Verpflichtungen und die Erfüllung der »Mai-Erlasse« von 2012 ausgerichtet sein.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 2–3/2013 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 2–3/2013 »Zeit im Spiegel« ist erschienen und behandelt das zurückliegende Jahrhundert der Osteuropaforschung in Deutschland. Die Autorinnen und Autoren untersuchen Kontinuität und Wandel, Fragen und Erkenntnisse in der Analyse Russlands und der Sowjetunion. Der Band hat 320 Seiten, 14 Beiträge, vier Interviews, 82 Abb. und kostet 24.00 €. Bestellungen bitte unter osteuropa@dgo-online.org. Der Band enthält folgende für Russland einschlägige Beiträge:

Karl Schlögel

Den Verhältnissen auf der Spur

Das Jahrhundert deutscher Osteuropaforschung

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, die 1913 ursprünglich zum Studium Russlands aus der Taufe gehoben wurde, ist ein Kind der Wissenschaft und der Politik. In der Osteuropaforschung spiegelt sich der Umgang der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn wider. Er ist gekennzeichnet von Faszination und Feindschaft, Annäherung und Abgrenzung, wissenschaftlicher Erkenntnis und empirischer Analyse, aber auch von der Mitwirkung an Krieg und Völkermord. Erst 1989 gewinnt der Osten seine eigene Stimme wieder. Osteuropastudien, die den Verhältnissen auf der Spur bleiben wollen, bleiben aufregend wie die Entwicklung selbst: unabsehbar und voller Überraschungen. Denn Geschichte hält sich nicht an Pläne oder Programme.

Ulrich Schmid

Ende und Neubeginn der Philologie

Perspektiven für die literaturwissenschaftliche Slavistik

Der Stellenwert der Slavistik an den deutschsprachigen Universitäten wird stark von politischen Konjunkturen beeinflusst. Trotz der Öffnung Europas nach Osten in den vergangenen 25 Jahren bleibt die akademische Beschäftigung mit den kleinen Slawinen marginal. Dabei sind die Voraussetzungen sehr gut: Die Slavistik hat die methodische Reflexion philologischer Interpretation in die Literaturwissenschaft eingeführt und funktioniert heute als Umschlagplatz von Theorieangeboten aus Ost und West. Die Slavistik sticht im Fächerkanon der philologisch-historischen Fakultäten durch ihre literaturtheoretische Fundierung und ihre kulturwissenschaftliche Deutungskompetenz heraus. Hier liegt eine Chance disziplinärer Profilierung, die nicht von der politischen Großwetterlage abhängig ist.

Stefan Troebst

Sonderweg zur Geschichtsregion

Die Teildisziplin Osteuropäische Geschichte

Die Osteuropäische Geschichte als Teil der Geschichtswissenschaft ist eine Besonderheit des deutschsprachigen Mitteleuropa. Sie entstand um die Wende zum 20. Jahrhundert und wurde als »Feindwissenschaft« von Politik und Diplomatie genutzt. Im Zuge ihrer Verwissenschaftlichung entwickelte sie als analytischen Rahmen für transnational vergleichende Forschung das Konzept der »Geschichtsregion«. Das Ende des Ost-West-Konflikts brachte kurzfristig die Gefahr, das universitäre Standbein der Teildisziplin zu verlieren. Heute ist die Disziplin stabil verankert. Sie nutzt die seit 1989 vorhandenen neuen Forschungschancen und hat Einfluss auf andere Disziplinen und die Öffentlichkeit.

Streit der Fakultäten

Area Studies und Fachdisziplinen in der Globalisierung

Der Bedarf an Wissen über die Welt hat im Zeitalter der Globalisierung rasant zugenommen. Das verfügbare, aktuelle Wissen über die verschiedenen Weltregionen nimmt jedoch ab. Globalisierung wird meist als Entstehung einer einheitlichen Weltgesellschaft verstanden, die nicht mehr regional, sondern nur noch funktional differenziert ist. Die Erkenntnis, dass Globalisierung auch Lokalisierung bedeuten kann, dass neue Klein- und Großräume entstehen und alte sich der Vereinheitlichung widersetzen, ist bislang nur in die Rhetorik der Wissenschaftspolitik, nicht aber in die Praxis der Universitäten vorgedrungen. Sieben Wissenschaftler aus fünf Disziplinen diskutieren, wie Regionalforschung und Globalforschung, universale Methoden und lokale Gegebenheiten vermittelt werden können.

Karl Pinggéra

Ein Jahrhundert Ostkirchenkunde

Aufstieg und Niedergang einer theologischen Disziplin

Die Ostkirchenkunde entstand aufgrund eines fundamentalen Umbruchs in der Wahrnehmung der Orthodoxie sowie des Erfolgs der Ökumenischen Bewegung. Galten die Orthodoxen den Katholiken noch im 19. Jahrhundert als Schismatiker und dem evangelischen Theologen Adolf von Harnack als rituell, intellektuell und moralisch tief gesunken, so setzte sich im 20. Jahrhundert die Auffassung durch, westliche Theologie und Kirche könne von den Ostkirchen etwas lernen. Die Krise des ökumenischen Dialogs fällt zusammen mit einem massiven Abbau der Professuren und Lehrstühle für Ostkirchenkunde. Doch gerade in Zeiten, in denen insbesondere zwischen Orthodoxie und Protestantismus die Kluft in ethischen und gesellschaftlichen Fragen wächst, bedarf es einer kulturwissenschaftlich und friedensethisch orientierten Ostkirchenkunde.

Margareta Mommsen

Paradigmenwechsel

60 Jahre politikwissenschaftliche Osteuropaforschung

Während des Ost-West-Konflikts standen sich Vertreter der Totalitarismustheorie und Anhänger von Entwicklungs- und Modernisierungstheorien unversöhnlich gegenüber. Beide überschätzten aus unterschiedlichen Gründen die Wandlungsfähigkeit der kommunistisch-bürokratischen Herrschaft. Als diese zerbröselte, sollten Transitionstheorien die Konsolidierung demokratischer Systeme erklären. Allein, diese konsolidierten sich nicht. Heute sucht die politikwissenschaftliche Osteuropaforschung nach geeigneten Konzepten, um die typischen Merkmale der so unterschiedlichen Regierungsformen und Regimetypen zwischen Tschechien und Turkmenistan zu erfassen.

Anke Hilbrenner

Die doppelte Nische

Historiographie der Juden Osteuropas in Deutschland

Die Mehrheit der jüdischen Weltbevölkerung lebte ab dem 18. Jahrhundert in Osteuropa. Dieser Raum war bis zum Holocaust das Zentrum jüdischen Lebens. Doch weder die Jüdische Geschichte noch die Osteuropäische Geschichte widmeten den osteuropäischen Juden große Aufmerksamkeit. In Deutschland erlebte die Jüdische Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg und der russisch-jüdischen Zuwanderung eine erste Blüte. Nach 1933 wurde »Judenforschung« zur antisemitischen Disziplin, die sich ab 1939 in den Dienst der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik stellte. In der Nachkriegszeit war Jüdische Geschichte zunächst ein Tabu. Erst Mitte der 1960er Jahre wurden erste Lehrstühle für Judaistik eingerichtet. Es dauerte bis in die 1980er Jahre, ehe die sozialhistorisch orientierte Osteuropäische Geschichte Juden im Russischen Reich und in der UdSSR in den Blick nahm. Heute ist die Erforschung der osteuropäischen jüdischen Geschichte zu einem Paradigma für transnationale und globalhistorische Fragen geworden.

Caroline von Gall

Alles, was Recht ist

Vergangenheit und Zukunft der rechtswissenschaftlichen Osteuropaforschung

Die systematische rechtswissenschaftliche Osteuropaforschung begann in den 1920er Jahren. Das Ausmaß der Verstrickung der Ostrechtler in den Nationalsozialismus ist kaum erforscht. Im Ost-West-Konflikt betonten viele auf das kommunistische Osteuropa konzentrierte Rechtswissenschaftler die politisch-kämpferische Funktion ihrer Disziplin. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus entfiel diese Legitimation. Auch die inhaltliche Klammer des sozialistischen Rechts verschwand. Die Öffnung der Staaten Ostmittel- und Osteuropas und die Ausdifferenzierung ihrer Rechtsordnungen hat jedoch viele neue Möglichkeiten eröffnet: Rechtswissenschaftliche Osteuropaforschung ist wichtig für die praktische Rechtsberatung und sollte ein integraler Bestandteil sowohl der allgemeinen Rechtsvergleichung als auch der auf Osteuropa ausgerichteten Regionalforschung sein.

Symbol des europäischen Wertesystems

Angelika Nußberger über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Fast alle europäischen Staaten bekennen sich zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verkörpert diesen Grundkonsens. Die Urteile des EGMR haben Einfluss auf zahlreiche Rechtsfelder der 47 Mitgliedstaaten. Jeder Staat des Europarats entsendet einen Richter, sodass der Vorwurf, Urteile des EGMR seien politisch motiviert, schon aufgrund der Zusammensetzung der Kammern zurückgewiesen werden kann. Obwohl nach der letzten Reform die Zahl der anhängigen Beschwerden gesunken ist, ist der Rückstau von derzeit 129 000 Fällen immer noch untragbar.

Susanne Marten-Finnis

Atavistische Rituale als Boten der Moderne

100 Jahre Le Sacre du Printemps

Le Sacre du Printemps ist ein Schlüsselwerk der Musik- und Tanzgeschichte. Unter der Regie des Impresario der Ballets Russes fand sich eine Gruppe außerordentlich begabter und progressiver Russen zusammen, die herkömmliche Kunstformen radikal in Frage stellte. Die polytonale Dissonanz der Musik Igor Strawinskys, Vaclav Nijinskys kühne Choreografie und das von dem Spezialisten für slawische Volkskunst, Nikolas Roerich, entworfene Bühnenbild nahmen vieles vorweg, was sich erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts durchsetzte. Bei seiner Uraufführung im Mai 1913 im Pariser Théâtre des Champs-Élysées war das Ballett ein Skandal.

Dietrich Beyrau

Angst und Neugier

Die Sowjetunion in der historischen Forschung der Bundesrepublik während des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg bildete nur den äußeren Rahmen der zeitgeschichtlichen Beobachtung der sowjetischen Entwicklung und der eigentlich historischen Forschung seit den 1960er Jahren. Vielleicht einflussreicher als der Kalte Krieg waren die Startbedingungen des Faches »Osteuropäische Geschichte«, die durch die NS-Zeit und den Krieg gekennzeichnet waren. Das Fach vollzog die Professionalisierung von der publizistischen Beobachtung zur Wissenschaft und orientierte sich methodisch von der »Volksgeschichte« zur Struktur- und Sozialgeschichte. Die wichtigsten Themenfelder sind der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzung, Bildung und soziale Schichtung, Studien zu Kultur und Ideologie, das Spannungsverhältnis von Terror und Fortschritt sowie der Vergleich von Diktaturen im 20. Jahrhundert.

Hans-Dietrich Schultz

Noch Europa oder schon »Halb-Asien«?

Die deutsche Länderkunde und der europäische Osten

Europas Grenzen waren in der deutschsprachigen länderkundlichen Geographie immer umstritten. Dies galt insbesondere für die Frage, wo Europa ende und Asien beginne. Die Suche nach dem »richtigen« Europabegriff kann keinen Erfolg haben: Alle geographischen Raumbegriffe, so auch die Erdteile und ihre Teilräume, sind zeit- und zweckgebundene Konstrukte.

Jan Kusber

Die Kontinuität der Fremdheit

Russland als das »Andere« in historischer Perspektive

Trotz der wachsenden Beschäftigung mit Russland seit der frühen Neuzeit nimmt die westliche Öffentlichkeit das Land bis heute als zutiefst fremd wahr. An diesem Bild hat nicht nur die Berichterstattung in den Medien, sondern auch die Wissenschaft Anteil. Es basiert teils auf realen räumlichen, politischen und ideengeschichtlichen Differenzen, teils auf hartnäckigen Stereotypen in der Fremd- und Selbstwahrnehmung. Doch erst die kritische Auseinandersetzung mit solchen Klischees und essentialistischen Zuschreibungen öffnet den Blick für das, was sich tatsächlich hinter dem vermeintlichen großen »Anderen« verbirgt.

Strategie ist möglich

Diplomat Huterer über Deutschlands Ostpolitik

Außenpolitik hat sich verändert. Die Komplexität des internationalen Systems ist gewachsen, die Grenzen zwischen Innen und Außen verschwimmen. Der diplomatische Alltag ist durch Beschleunigung gekennzeichnet. Deutsche Interessen und Positionen werden ständig mit jenen der anderen EU-Staaten koordiniert und in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet. Das betrifft auch die Politik gegenüber Osteuropa. Der zuständige Referatsleiter im Auswärtigen Amt, Manfred Huterer, verteidigt die Modernisierungspartnerschaft mit Russland gegen ihre Kritiker, sieht die Ukraine als Prisma, in dem die Hoffnungen und Grenzen des Systemwandels deutlich werden, konzediert, dass die europäische Belarus-Politik nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat, bemängelt die schwache analytische Durchdringung des postsowjetischen Raums und fordert eine neue Osteuropa-Expertise jenseits des affirmativen Mainstreams.

Timm Beichelt

Verkannte Parallelen

Transformationsforschung und Europastudien

Lange Zeit waren Europastudien und die Transformationsforschung, die sich Osteuropa widmete, getrennte Disziplinen. Dies ist anachronistisch. Die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in Ost und West sind eng verflochten. Bereits während des Systemwandels wurden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostmitteleuropa und Osteuropa maßgeblich von der EU bestimmt. Vermeintlich spezifisch osteuropäische Phänomene sind gesamt-europäische geworden. Das zeigt sich an der Qualität der Demokratie, der Transnationalisierung der europäischen Gesellschaften sowie an der Rückkehr zur intergouvernementalen Entscheidungsfindung auf EU-Ebene.

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 4/2013 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 4/2013 »Schieflage. Macht und Recht in Ungarn und Russland« hat 144 Seiten. Es kostet 10.00 € und ist zu bestellen unter osteuroopa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge über Russland:

Wolfgang Eichwede

Einmischung tut not!

Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde

Neben Wirtschaftsvertretern weisen viele Sozialdemokraten die Kritik an Putins Russland im Namen der Menschenrechte zurück. In jener Kritik sehen sie eine »Attitüde moralischer Überlegenheit« und »Besserwisseri«. Die deutsche Schuld am Krieg mahne zur Bescheidenheit. Der Dialog mit dem Kreml sei Pflicht. Sie wännen sich damit in der Tradition von Willy Brandts Ostpolitik. Doch das ist falsch. Diesem Denken liegt eine fatale Umdeutung der Entspannungspolitik zugrunde, die ja gerade auf gesellschaftlichen Wandel setzte. Deutschlands historische Verantwortung darf nicht dazu missbraucht werden, autoritäre Präsidenten nicht autoritär zu nennen oder die Kriminalisierung von Partnern als Agenten zu akzeptieren. Die Dichte der deutsch-russischen Beziehungen verlangt nach Einmischung. Diese ist nötig, um den Schaden zu begrenzen, den das Putin-Regime seinem Land zufügt.

Aleksandr Kynev

Eliteklub und Legitimierungsinstrument

Russlands »Partei der Macht«

Autokratische Regime benötigen den demokratischen Schein. Daher simulieren sie politischen Wettbewerb. In Russland gibt es zwar viele Parteien, doch die Registrierung einer neuen Partei ist seit 2004 nahezu unmöglich. Vor allem aber ist die 2001 gegründete Edinaja Rossija keine Regierungspartei, sondern »Partei der Macht«. Sie hängt völlig vom Präsidentschaftsapparat ab und dient in erster Linie der Legitimation des Regimes. Alle Versuche, sie zu beleben, sind bisher gescheitert. Voraussetzung dafür wäre eine fundamentale Veränderung der Machtstrukturen in Russland.

S. Kordonskij, D. Dechant, O. Moljarenko

Russlands doppelte Sozialstruktur

Ressourcenverteilung in der Ständegesellschaft

Russlands Gesellschaft hat eine Doppelstruktur. Zum einen hat der Staat formale Berufsstände geschaffen, denen er nach dem Prinzip einer sozialstaatlichen Verteilungsgerechtigkeit Ressourcen zuweist. Zum anderen gibt es informelle »Korporationen«. Politik in Russland dreht sich um den Konflikt zwischen diesen beiden Ordnungsprinzipien. Auf der einen Seite stehen jene, die die Ressourcen gemäß den Prinzipien einer zutiefst sozialistischen Ständegesellschaft verteilen wollen, auf der anderen Seite die Angehörigen der verschiedenen Regionen, Sektoren, Konzerne, Klans oder ethnischen Gruppen, die die Ressourcen nach den ungeschriebenen »Regeln« einer veränderlichen Hierarchie dieser »Korporationen« verteilt sehen möchten.

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 5–6/2013 mit Russlandbezug

»Durchsicht« hat die neueste OSTEUROPA 5–6/2013 den »Kommunismus in seiner Epoche«. Dieser Band hat 396 Seiten, 34 Abb., vier Karten und kostet 24.00 €. Bestellungen bitte unter osteuropa@dgo-online.org. Einschlägig für Russland und die Sowjetunion sind:

Gerd Koenen

Der Kommunismus in seinem Zeitalter

Versuch einer historischen Ortsbestimmung

Drei großen Wellen der Machteroberung und Staatsgründung markieren die Kerngeschichte des Kommunismus. Auf dem Zenit seiner Ausdehnung 1980 lebte ein Drittel der Menschheit in kommunistischen Ordnungen. Sie unterschieden sich historisch, sozioökonomisch und politisch enorm. Diese Disparität erschwert es, den Aufstieg und die Dynamik des Kommunismus kohärent zu erklären. Was die kommunistischen Parteien und Ordnungen von allen historisch bekannten unterscheidet, ist ihr »totalitärer« Charakter. Sie zielten auf die Gesamtheit aller sozialen Beziehungen und griffen zu Terror, der sich nicht nur gegen die Gesellschaft richtete, sondern zugleich »autoterroristische« Züge trug. Das unterscheidet die kommunistischen Regimes von faschistischen. Der terroristische Furor lässt sich weder aus den Ideen der Klassiker des Marxismus ableiten noch mit dem Charakter der Führerfiguren erklären. Die Ursachen dieser zwanghaften Totalisierungen und terroristischen Autodestruktionen kommunistischer Regimes lassen sich nur aus den jeweils spezifischen Bedingungen dieser Sozial- und Machtsysteme gewinnen.

Egbert Jahn

Kommunistische Weltgesellschaftspolitik

Antipode der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und der liberalen Demokratie für ein kurzes Jahrhundert

Von 1917 bis 1991 verkörperten die kommunistischen Herrschaftssysteme einen universalen Anspruch auf Umgestaltung der Weltgesellschaft und ihrer staatlichen Ordnung. Die Wirtschaftsordnung, das politische System und die internationalen Beziehungen sollten sich fundamental von der kapitalistischen Gesellschaftsformation unterscheiden. Als die Überzeugung von der welthistorischen Überlegenheit des Kommunismus schwand und der weltpolitische Anspruch der Sowjetunion auf militärische Parität die ökonomische Leistungsfähigkeit der starren Planwirtschaften immer mehr überstieg, schwanden die Impulse, die dem Kommunismus Auftrieb verliehen hatten.

Stefan Plaggenborg

Schweigen ist Gold

Die Modernetheorie und der Kommunismus

Die Soziologie, deren Aufgabe es ist, moderne Gesellschaften zu untersuchen, hat den Kommunismus sowjetischen Typs aus der Theorie der Moderne nahezu vollständig ausgeblendet. Die Ursachen sind der Wunsch nach theoretischer Kohärenz sowie ideologische Positionen. Dabei ist die historische Verwandtschaft der west- und osteuropäischen Gesellschaften unübersehbar: Technisierung, Verwissenschaftlichung, Sozialdisziplinierung, Massengesellschaft, Säkularisierung, Entzauberung der Welt, Umweltzerstörung sind der sowjetischen und der westlichen Moderne eigen.

Um die Besonderheiten der sowjetischen Moderne zu erfassen, ist es erstens nötig, sich aus dem Sprachgebrauch der westlichen Modernetheorie zu lösen und eigene Begriffe zu generieren. Zweitens muss der Gegenstand einer solchen Modernediskussion die gesamte Geschichte der Sowjetunion und nicht nur der Stalinismus sein. Nur so ist eine Integration des Kommunismus in die Theorie der Moderne möglich.

Wolfgang Eichwede

Kommunismus

Eine kleine Begriffsgeschichte

Der Begriff des Kommunismus wurzelt in den Staatsutopien der Neuzeit. Er ist inhaltlich amorph. Mal wird er mit Gesellschaftsordnungen und Zukunftsmodellen verbunden, mal bezeichnet er eine Technik der Macht. Anhängern und Gegnern gilt er als Kampfbegriff. Mit der Oktoberrevolution 1917 wurde der Begriff aus dem Reich der Ideen zu einem Element der Realgeschichte. Lenin erklärte den Kommunismus zur nachhaltenden Entwicklungsstrategie – und stellte damit das Marxsche Denken auf den Kopf. In China, der zweiten kommunistischen Hauptmacht des 20. Jahrhunderts, dient der Kommunismus heute einzig der Legitimation der Herrschaft der Partei.

Felix Schnell

Gewaltkultur und Kommunismus

Ursachen und Formen in der Sowjetunion

Bei der Revolution der Bolschewiki spielte Gewalt eine große Rolle. Die Gründe dafür liegen auch in der Ideologie des Kommunismus, vor allem aber in der konkreten Vorgeschichte und dem gesellschaftlichen Hintergrund. Den kommunistischen Pionieren galt Gewalt als unvermeidlicher Begleitumstand historischer Umwälzungen, Lenin spitzte dies zu einem manichäischen Freund-Feind-Schema zu. Die Partei der Bolschewiki absorbierte die in der Gesellschaft vorhandenen Gewaltpotentiale, im Bürgerkrieg verfestigten diese sich zu einer eigenen Gewaltkultur, die insbesondere das NKVD verkörperte. Diese Gewaltkultur zu überwinden war eine große Leistung der Entstalinisierung.

Gerhard Simon

Kommunismus und die nationale Frage

Die Sowjetunion als Vielvölkerimperium

Die Bolschewiki stellten das Russländische Reich als Vielvölkerimperium wieder her. In Gestalt der Sowjetunion bestand es bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Neben rücksichtsloser Gewalt im Bürgerkrieg 1918-1921 und während des Stalinschen Terrors entwickelten sie spezifische Instrumente zur Integration der Völker. Dazu gehörten die *Korenizacija*, eine Form der positiven Diskriminierung der nichtrussischen Völker sowie die KPdSU als machtpolitische Klammer. Entgegen ihrer Absicht und Erwartung schritt die Nationsbildung unaufhaltsam fort. Die sowjetische Führung unter Michail Gorbachev war nicht mehr in der Lage, die Forderungen der Nationen nach nationaler Selbstbestimmung – nicht zuletzt die der Russen – zu kanalisieren und zu integrieren.

Roland Götz

Planung ohne Plan

Vom Versagen der Wirtschaftstheorie in der Sowjetunion

Obwohl die »Klassiker« sich den Sozialismus nur ohne Markt vorstellen konnten, kreiste die sowjetische Debatte zunächst darum, ob Marktbeziehungen zugelassen werden sollten. Dann aber verkündete Stalin Lehrsätze, die weder eine zutreffende Darstellung der Sowjetwirtschaft, noch die Entwicklung einer Theorie volkswirtschaftlicher Planung erlaubten. Stattdessen wurde als Politische Ökonomie des Sozialismus eine in sich widersprüchliche Lehre von den »geplanten Marktbeziehungen« entfaltet. Die ökonomisch-mathematische Schule und zaghafte Überlegungen zum Markt blieben ohne Einfluss. Gorbachevs Versuch scheiterte, das sozialistische System durch eine sowjetische Spielart des Marktsozialismus zu retten, auch weil es an theoretischer Vorarbeit mangelte.

Rafał Wnuk

Inszenierte Revolution

Sowjetherrschaft in Polen und dem Baltikum 1939–1941

Im September 1939 marschierte die Rote Armee in Ostpolen, im Juni 1940 in Litauen, Lettland und Estland ein. Um die besetzten Gebiete möglichst schnell und vollständig in die Sowjetunion zu integrieren, wurde ihnen bis 1941 Schritt für Schritt das sowjetische politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle System über. Scheinwahlen sollten der Annexion den Anstrich demokratischer Legitimation verleihen, Terror und Massendeportationen jeden Widerstand der Bevölkerung im Keim ersticken und »schädliche Elemente« beseitigen, um die neue Ordnung zu stabilisieren. De facto zerstörten die Sowjets bestehende gesellschaftliche Bindungen und verschärften die bestehenden nationalen und sozialen Konflikte.

Lev Gudkov

Fatale Kontinuitäten

Vom sowjetischen Totalitarismus zu Putins Autoritarismus

Mit der Auflösung der Sowjetunion endete das Machtmonopol der Kommunistischen Partei. Auch die zentrale Planungsbehörde wurde aufgelöst. Aber zentrale Pfeiler der sowjetischen totalitären Herrschaft wie die Geheimdienste, die Armee, die Staatsanwaltschaft und das Gerichtswesen bestehen fort. Auf ihnen gründet der autoritäre Staat, der unter Putin entstanden ist. Die Schule, die zentralen Medien und die Wehrpflichtarmee reproduzieren Werte und Praktiken der Sowjetunion. Auf Rechtsnihilismus und Gewalt reagieren die Menschen wie in der Vergangenheit: mit Anpassung. Bürokratische Willkür und Repression gelten als unvermeidlich, ja als »normal«. Dies ist die typische Mentalität des Homo Sovieticus, die auch nach dem Untergang der Sowjetunion von Generation zu Generation weitergegeben wird.

Olga Radetzkaja

Supernacbol

Die politischen Facetten des Autors Zachar Prilepin

Zachar Prilepin ist in seiner Heimat ein Star. Sein erster ins Deutsche übersetzter Roman wurde auch hierzulande enthusiastisch gewürdigt. Entscheidenden Anteil hat daran offenbar weniger die literarische Qualität als die schillernde Person des Autors. Prilepin gilt als »linksradikal« und als entschiedener Putin-Gegner. Tatsächlich vertritt er eine populistische Mischung aus Nationalismus, Ressentiment und Sowjetnostalgie.

Roland Götz

Vom privatisierten Staat zum verstaatlichten Markt?

Eigentum in der Sowjetunion und in Russland

In der Sowjetunion gab es eine hierarchisch strukturierte Planwirtschaft mit Staatseigentum nur auf dem Papier. Daneben gab es eine ausgedehnte Untergrundwirtschaft und informelle Beziehungsnetzwerke. Die »roten Manager« hatten sich die Betriebe jedoch nicht angeeignet. Erst in der *Perestrojka* begann die Privatisierung des Staatsvermögens, das vor allem an Insider aus den Betrieben ging. Anfang der 1990er Jahre sollte mit Hilfe der Gutscheinprivatisierung das ganze Volk zu Eigentümern der Betriebe gemacht werden. Doch erneut setzten sich Privilegierte mit guten Kontakten zur Bürokratie durch. Die Vertreter großer Kapitalgruppen, die als »Oligarchen« berüchtigt wurden, kauften sich zu Vorzugspreisen in Großunternehmen ein. Das Staatsvermögen wurde rasch und weitgehend, wenn auch äußerst ungleich verteilt. Nur im Energie- und Rüstungssektor wurde die Privatisierung gestoppt. Der volle Schutz des Privateigentums steht jedoch noch aus, denn die Machtstrukturen verfolgen viele kleine und mittlere Unternehmen mit falschen Anschuldigungen.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de